

»Die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats sollten gemeinschaftlich prüfen, ob es Bereiche gibt, die sie übereinstimmend als Verfahrensfragen behandeln könnten, und in welchen — in Übereinstimmung mit Art.27(2) der Charta — sie von einem Gebrauch des Vetos Abstand nehmen könnten; beispielsweise bezüglich der Entsendung von Missionen, deren Auftrag eindeutig auf Tatsachenfeststellung beschränkt ist.«²²

Das Fernziel derartiger Ansätze, das Friedenssicherungssystem der UNO wenigstens im Bereich friedlicher Streitbeilegung von den negativen Auswirkungen eines zu häufigen Gebrauchs des Vetorechts zu befreien, sollte dessen Beschränkung auf die genuinen Bereiche »vitaler Interessen« der Vetomächte sein. Dies trifft in erster Linie auf den Bereich kollektiver Zwangsmaßnahmen unter Kapitel VII der Charta zu.

Die Realisierung eines derartigen Ziels erscheint indes angesichts der Haltung der auf uneingeschränkte Wahrung ihrer Privilegien bedachten ständigen Ratsmitglieder gegenwärtig undenkbar.

Anmerkungen

Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Verfassers wieder.

- 1 Eine ausführliche allgemeine Untersuchung dieser Problematik findet sich bei M. Schaefer, Die Funktionsfähigkeit des Sicherheitsmechanismus der Vereinten Nationen, Berlin/Heidelberg/New York (Springer) 1981.
- 2 Sonderausschuß für die Charta der Vereinten Nationen und die Stärkung der Rolle der Organisation; Zusammensetzung s. VN 3/1981 S.108. — Vgl. auch H. G. Petersmann, Die Revision der Charta der Vereinten Nationen, VN 4/1976 S.108ff.
- 3 VN 3/1981 S.100f.
- 4 UN-Doc. A/36/33, S.9, Ziff.19.

- 5 AaO (Anm.4), Ziff.22.
- 6 UN-Doc. A/34/L.57 mit Add.1. Der Entwurf wurde von Algerien, Bangladesch, Bhutan, Grenada, Guyana, Indien, Japan, Kuba, Malediven, Mauritius, Nepal, Nigeria und Sri Lanka gemeinsam eingebracht.
- 7 UN-Doc. A/34/L.63 mit Add.1. Einbringer waren Bolivien, Chile, Kolumbien, Guatemala, Panama, Peru und Venezuela.
- 8 UN-Doc. A/35/L.34/Rev.2.
- 9 UN-Doc. A/35/L.34 mit Rev.1.
- 10 Die Sitzverteilung im Rat würde sich bei Annahme dieses Vorschlags wie folgt darstellen: ständige Mitglieder 5, nichtständige Mitglieder 16 (bisher 10); davon entfielen auf Afrika 5,1666 Sitze, auf Asien 4, auf Lateinamerika 3,5, auf die WEOG 2,1666, auf die osteuropäische Gruppe 1,1666.
- 11 Die Gruppe der Blockfreien würde bei der vorgeschlagenen Sitzverteilung 13 Sitze einnehmen.
- 12 Während die UN-Mitgliederzahl sich seit 1945 mehr als verdreifacht hat, wurde die Zahl der Mitglieder des Sicherheitsrats lediglich einmal von 11 auf 15 erhöht; vgl. UN-Doc. A/Res/1991A(XVIII) vom 17.12.1963. Zum politischen Strukturwandel vgl. Schaefer (Anm.1) S.312ff.
- 13 Sowohl die skandinavischen Staaten einschließlich Dänemarks, ferner die Niederlande, Irland und Kanada.
- 14 In diesem Sinne voraussichtlich Italien, Belgien und Luxemburg.
- 15 Vgl. dazu im einzelnen Schaefer (Anm.1), S.314ff.
- 16 A/Res/1991A (Anm.12) legte gleichzeitig einen neuen geographischen Verteilerschlüssel fest und erhöhte das Quorum im Rat von sieben auf neun Stimmen. Alle Änderungen traten nach Ratifizierung am 31.8.1965 in Kraft.
- 17 Vom Vetorecht wurde bis zum 1.1.1968 bei 91 Sachabstimmungen und 59 Aufnahmeanträgen Gebrauch gemacht. Vgl. dazu ausführlich S. Bailey, Veto in the Security Council, in: International Conciliation, Nr.566, 1968; außerdem Schaefer (Anm.1), S.429f.
- 18 S. Anm.12.
- 19 Dazu Schaefer (Anm.1), S.430ff.
- 20 Ibidem, S.431f.
- 21 Hierzu eingehender *ibid.*, S.433ff.
- 22 UN-Doc. A/AC.182/WG.37 vom 13.3.1979, Ziff.7 (Übersetzung).

Gespanntes Ost-West-Verhältnis, fortdauernde regionale Konflikte: eine gefährliche Kombination

Bericht des Generalsekretärs über die Arbeit der Organisation an die 36. Generalversammlung

KURT WALDHEIM

I. Einführung

Das vergangene Jahr hat uns neue Krisen und nur wenige Lichtblicke gebracht. Im Weltgeschehen haben unerwartete und zuweilen bedrohliche Strukturveränderungen stattgefunden, die zu neuen Belastungen der internationalen Beziehungen führten und auch viele der bisherigen Probleme eher verschärften als lösen halfen. Wir sollten uns angesichts dieser Lage daher mit vollem Recht Sorgen machen. Andererseits sollten wir jedoch auch nicht übersehen, daß alle menschlichen Beziehungen dem Wandel unterworfen und unvermeidlich mit Spannungen verbunden sind. Es ist ja gerade eine der Hauptaufgaben der Vereinten Nationen, einen institutionellen Rahmen zu bieten, in dem man die Ursachen und Hintergründe solcher Spannungen freilegen und in zivilisierter und friedlicher Weise erörtern kann, damit man rechtzeitig und gemeinsam das Nötige unternimmt, bevor die Dinge außer Kontrolle geraten.

Die herausragenden Kennzeichen der internationalen Landschaft und der Ereignisse des letzten Jahres sind uns leider nur allzu geläufig. Das Ost-West-Verhältnis ist erneut gefährlichen Belastungen ausgesetzt worden. Das Wettrüsten, insbesondere im Bereich der Kernwaffen, geht unvermindert weiter und stellt nicht nur eine ständige Bedrohung für das Überleben der Menschheit, sondern auch eine ungeheure Verschwendung an menschlichen und anderen wichtigen Ressourcen dar. Aus einer Reihe nach wie vor ungelöster Auseinandersetzungen, die das zerbrechliche Gerüst des Weltfriedens an seinen empfindlichsten Stellen bedrohen, erwächst weiterhin Gewalt und Frustration. Die Bemühungen um globale wirtschaftliche Lösungen, die den heutigen Realitäten gerecht werden, sind aus ihrer Sackgasse nicht herausgekommen, obwohl große Teile der Weltbevölkerung von Armut und wirtschaftlichen Katastrophen bedroht sind. Gewalt und verschiedene Formen des Terrorismus fordern einen immer höheren Zoll.

Dies ist ein höchst unerfreuliches Bild, das allen Staaten nur zu gut bekannt ist. Es fehlt daher auch nicht an Lösungsvorschlägen bald für die eine, bald für die andere dieser Fragen, und nie zuvor standen der Menschheit so vielfältige Mittel zur Lösung ihrer Probleme zur Verfügung. Wir sind uns jedoch offensichtlich noch lange nicht einig darüber, wie man denn nun an die Dinge herangehen und für welche Lösungsmöglichkeiten man sich entscheiden soll, vor allem weil diese Probleme oft mit schweren Interessenkonflikten verbunden sind, die sehr viel Phantasie und politische Kunst erfordern, wenn man zu gemeinschaftlichen Lösungen kommen will, die für alle Sei-

ten akzeptabel sind. Uns als den Vereinten Nationen stellt sich daher vor allem die Frage, ob wir aufgrund unserer Einsicht und unseres Wissens in der Lage sein werden, gemeinsam und rechtzeitig zu handeln, bevor uns unsere Probleme so weit über den Kopf gewachsen sind, daß wir nicht mehr in geregelter und friedlicher Weise mit ihnen fertig werden können.

II. Die letzten zehn Jahre

In den fast zehn Jahren, die ich den Vereinten Nationen als Generalsekretär dienen konnte, wurden zweifellos in vielen Bereichen Fortschritte erzielt; manche Krisen, insbesondere humanitäre Notsituationen, konnten praktisch gelöst werden. Die Hauptprobleme bestehen jedoch unvermindert weiter und sind sogar noch akuter geworden, obwohl erfolgreich verhindert werden konnte, daß einzelne Konflikte außer Kontrolle gerieten und zu einer Eskalation führten. Im Vordergrund der Weltpolitik stand vor zehn Jahren der verheerende Krieg in Indochina, der auf dem Verhandlungswege nicht lösbar zu sein schien und nicht im Rahmen der Vereinten Nationen behandelt werden konnte. Darüber hinaus vergiftete dieser Krieg die Beziehungen zwischen den Großmächten und wirkte sich unglücklich auf viele andere Bereiche des internationalen Lebens aus. Der südasianische Subkontinent stand kurz vor dem Krieg und es war dort zu einer großen humanitären Krise gekommen. Das bevölkerungsreichste Land der Erde war immer noch nicht in den Vereinten Nationen vertreten. Die Bemühungen um grundlegende Lösungen für die Probleme des Nahen Ostens, Zyperns, Südrhodens und Namibias gingen weiter, ohne daß sich die Aussicht auf einen baldigen Erfolg abzuzeichnen schien, wobei in zwei Fällen das Konfliktgebiet selbst durch die Entsendung von Friedenssicherungstruppen der Vereinten Nationen unter Kontrolle gehalten wurde. Unzählige Bemühungen galten auch weiterhin verschiedenen Aspekten der Abrüstung. Viele Anstrengungen und Besorgnisse galten ferner der internationalen Wirtschaftslage und dem Verhältnis zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, das heute im Nord-Süd-Dialog behandelt wird.

Inzwischen haben sich die weltpolitische Lage und ihre einzelnen Komponenten immer wieder verändert. Die Volksrepublik China erhielt endlich den ihr zustehenden Platz in den Vereinten Nationen. Große Hoffnungen hefteten sich an den Prozeß der Entspannung. Nach dem Krieg auf dem südasianischen Subkontinent kam es dort zu einer Verbesserung der politischen Beziehungen und zu einer grö-

berer Wirksamkeit der gewaltigen Hilfsaktion der Vereinten Nationen in Bangladesch.

Der Nahostkrieg von 1973 bewirkte eine beträchtliche Verschiebung des dortigen Gleichgewichts, setzte das Ost-West-Verhältnis einer schweren, jedoch schließlich doch noch gut ausgegangenen Belastungsprobe aus, förderte einige radikale Veränderungen der weltwirtschaftlichen Strukturen und demonstrierte den unbezweifelbaren Wert der Vereinten Nationen als Werkzeug des Krisenmanagements und der Konfliktkontrolle. Auch die Friedenssicherungsoperationen der Vereinten Nationen erhielten in diesem Zusammenhang eine neue Grundlage und neuen Auftrieb. Während der gesamten zehn Jahre war und blieb der Nahe Osten jedoch ein Brennpunkt der Sorgen und Befürchtungen der Völkergemeinschaft.

1974 führten der Coup auf Zypern und die anschließenden Ereignisse zu einem radikalen Wandel der dortigen Lage, ohne daß jedoch dadurch das Zypernproblem in irgendeiner Weise gelöst wurde. Seitdem stehen die Vereinten Nationen ununterbrochen im Zentrum aller Bemühungen um die Erhaltung und neue Grundlegung des Friedens auf dieser Insel. 1975 ging endlich der Indochinakrieg zu Ende, hinterließ jedoch ein verwüstetes Land voll politischer, humanitärer und wirtschaftlicher, oft auch heute noch ungelöster Probleme.

Seit dem Bürgerkrieg von 1975 spielten die Ereignisse im Libanon eine wichtige und tragische Rolle im internationalen Geschehen. Das dortige Engagement der Vereinten Nationen begann 1978 mit der Schaffung der Interimstruppe der Vereinten Nationen im Libanon (UNIFIL) im Anschluß an die dort ausgebrochenen Kampfhandlungen, die ihren Höhepunkt in der militärischen Intervention Israels im südlichen Libanon fanden. Bis heute ist die Lage im Libanon eine der Haupt Sorgen der Vereinten Nationen geblieben.

1979 führten die Ereignisse in Indochina, insbesondere in Kambodscha, zu neuen Spannungen, die trotz aller Bemühungen der Vereinten Nationen immer noch nicht gelöst sind. Ein weiteres Problem, das äußerst schwerwiegende internationale Auswirkungen hatte, entwickelte sich in Afghanistan. Die amerikanischen Geiseln im Iran stellten die Welt vor eine beispiellose, völlig neuartige Krise, die jedoch im Januar dieses Jahres endlich gelöst werden konnte.

Der Krieg zwischen dem Irak und dem Iran, der im September 1980 begann, konnte trotz aller Bemühungen der Vereinten Nationen sowie anderer Staatengruppierungen um eine friedliche Lösung bis heute nicht beigelegt werden. Mit der 1974 erzielten Unabhängigkeit der portugiesischen Kolonien und der 1980 errungenen Unabhängigkeit Simbawes konnte der Entkolonisierungsprozeß nahezu abgeschlossen werden. Damit bleibt das letzte ungelöste Problem nur mehr die Unabhängigkeit Namibias, ein Problem, das seit geraumer Zeit Gegenstand intensiver Bemühungen um eine für alle Beteiligten annehmbare Regelung ist.

Auch die Bemühungen um Fortschritte bei der Abrüstung, die 1978 mit der Zehnten Sondertagung der Generalversammlung ihren Höhepunkt erreichten, wurden in diesen zehn Jahren fortgesetzt. Parallel dazu fanden außerhalb der Vereinten Nationen bilaterale und multilaterale Verhandlungen — wie zum Beispiel die SALT-Gespräche zur Begrenzung der strategischen Waffen — statt. Trotz alledem bleibt dieses äußerst wichtige und schwierige Problem, das alle anderen Hindernisse auf dem Weg zu einer neuen und weniger gefährlichen internationalen Ordnung überschattet, auch weiterhin eine der größten Sorgen der Völker und Regierungen. In der Tat kam es bei den Bemühungen um die Rüstungskontrolle zu Rückschlägen und Enttäuschungen, obwohl man sich derzeit offenbar um eine neue Grundlage für die Wiederaufnahme des SALT-Prozesses und für Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen bemüht.

Im humanitären Bereich spielte das System der Vereinten Nationen eine führende Rolle bei den Hilfsaktionen für eine Reihe von schweren Notständen wie etwa in Bangladesch, in der Sahel-Region, bei den afrikanischen und indochinesischen Flüchtlingen und bei der kritischen Lage in Kambodscha, um nur ein paar der wichtigsten Notstände zu nennen. Unzählige Menschenleben wurden durch diese Bemühungen gerettet; trotz aller Komplikationen war dies ein eindrucksvolles Beispiel dafür, daß die Gemeinschaft der Völker in der Lage ist, den Opfern von Kriegen und Katastrophen Hilfe und Hoffnung zu bringen.

Ein wichtiger neuer Bereich legitimer internationaler Aufgaben ist die Bemühung, die in der Charta der Vereinten Nationen und in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verankerten Menschenrechtsgrundsätze in rechtsverbindliche Verpflichtungen umzusetzen. Die Weltöffentlichkeit hat ein ständiges wachsendes Interesse am Schutz der Menschenrechte an den Tag gelegt. Überall in der Welt hoffen einzelne Menschen ebenso wie ganze Völker auf die Vereinten Nationen und erwarten von ihnen, daß sie wirksam auf die Verwirklichung der Menschenrechte hinarbeiten und gegen eine Verletzung dieser Rechte einschreiten. Auch die guten Dienste des Generalsekretärs haben sich zu einer wichtigen und wertvollen Ergänzung der Organe und Verfahren zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte entwickelt.

Seit der Konferenz der Vereinten Nationen von 1972 über die Umwelt des Menschen hat die relativ neue Rolle der Vereinten Nationen als Sammelstelle für Informationen und Erfahrungen im Bereich neuer, vor allem mit dem technologischen Wandel zusammenhängender

globaler Probleme immer stärker an Bedeutung gewonnen. Bei den seitherigen Weltkonferenzen ging es unter anderem um Bevölkerungs- und Ernährungsfragen und um Wasser- und Energieprobleme; auch die Rechte und die Stellung von Frauen und Kindern waren Gegenstand intensiver Bemühungen.

Die Erklärung und das Aktionsprogramm über die Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung, die 1974 verabschiedet wurden, schufen ein neues, außerordentlich komplexes Ziel für die Bemühungen der internationalen Gemeinschaft, zu angemessenen wirtschaftlichen Vereinbarungen für die seit dem Zweiten Weltkrieg entstandenen neuen weltpolitischen Gegebenheiten zu kommen.

Ungeheure Anstrengungen sind in den von außerordentlichem, wenn auch noch nicht von abschließendem Erfolg gekröntem Versuch eingeflossen, einen umfassenden Vertrag zu dem wichtigen Fragenkomplex des Seerechts auszuhandeln. Diese Fragen spielen eine sehr große Rolle bei den wirtschaftlichen Hoffnungen und Bestrebungen der Menschheit und sind — wie uns vor kurzem erneut vor Augen geführt wurde — auch äußerst wichtig für den künftigen Frieden und die künftige Ordnung dieser Welt. Ich hoffe sehr, daß die Schwierigkeiten, die die Fertigstellung dieses Vertrags bisher verhindert haben, recht bald überwunden werden.

Der flüchtige Überblick, den ich hier über einige der wichtigsten Ereignisse des letzten Jahrzehnts gegeben habe, sollte zeigen, wie komplex und vielfältig die vor uns stehenden Probleme sind, uns aber gleichzeitig auch daran erinnern, daß trotz aller Hartnäckigkeit mancher Probleme und trotz aller Enttäuschungen und Hindernisse, über die wir uns ständig beklagen, doch Fortschritte und Neuerungen möglich sind.

III. Die Vereinten Nationen und die neuen weltgeschichtlichen Kräfte

Neben den genannten aktuellen Problemen, die uns zur Zeit beschäftigen, gibt es noch einige allgemeine Faktoren, an die wir denken müssen, wenn wir nicht vom Weg abkommen, sondern mit der gewaltigen Aufgabe vorankommen wollen, eine einigermaßen ausreichende und annehmbare Weltordnung aufzubauen. Zum Teil gehen diese Faktoren auf die wissenschaftlich-technische Revolution zurück, die die Existenzbedingungen der Menschheit so tiefgreifend verwandelt hat, daß wir erst langsam zu verstehen beginnen, was sie für unser Leben bedeutet. Die Vereinten Nationen haben in den letzten zehn Jahren entscheidend dazu beigetragen, die Weltöffentlichkeit auf diese neuen Faktoren aufmerksam zu machen.

An erster Stelle sind hier die Massenvernichtungswaffen zu nennen, von denen bereits weit geringere Mengen, als sie uns heute zur Verfügung stehen, zur völligen Vernichtung der Menschheit und ihrer Kultur ausreichen würden.

Zweitens denke ich hier an die Bevölkerungsexplosion, die eine ungeheure Belastung für unsere Umwelt und die Grundlagen unserer Gesellschaft darstellt und beiden durchaus schon in der nächsten Generation vernichtenden Schaden zufügen kann. Gleichzeitig sind wir im Industriezeitalter von nicht unbegrenzt vorhandenen Rohstoffen abhängig geworden, die in einem rücksichtslosen Tempo verbraucht werden, bevor geeignete Ersatzstoffe für sie gefunden sind.

Ein dritter Faktor sind schließlich die Auswirkungen der Revolution in der Nachrichtentechnik, durch die Nationen und Völker, die außer ihrer Zugehörigkeit zu einer interdependenten Welt wenig gemeinsam bzw. keine Erfahrung im Zusammenleben miteinander haben, zwangsweise immer enger miteinander in Berührung gebracht werden. Dies meinte einer meiner Vorgänger, als er von der einen Welt sprach, in die wir hineingezwungen worden seien, bevor wir ausreichend auf sie vorbereitet waren.

Auf einige Aspekte dieser drei Faktoren werde ich später noch genauer eingehen. Alle drei deuten jedoch mit größter Eindringlichkeit darauf hin, daß sehr viel größere und entschlossener Anstrengungen unternommen werden müssen, um die internationalen Institutionen funktionsfähig zu machen, wenn wir nicht unversehens auf einen Weg geraten wollen, der unwiederbringlich ins Unheil führt.

Wie werden die Vereinten Nationen diesen großen Aufgaben unserer Zeit gerecht? Trotz all unserer Bemühungen und unserer von niemandem angezweifelten Aufrichtigkeit muß ich doch sagen, daß es den Vereinten Nationen noch nicht gelungen ist, die politischen Gepflogenheiten und Auffassungen früherer, weniger hektischer Jahrhunderte zu durchbrechen und erfolgreich mit diesen neuen Faktoren und Lebensbedingungen fertig zu werden. Wir reden zwar viel und immer wieder von unseren Befürchtungen und guten Absichten, aber bisher haben wir die klaren Verbote dessen, was uns bevorsteht, immer noch nicht ernst genug genommen.

Manche Kreise neigen allzu oft dazu, die Vereinten Nationen nur als einen Nebenschauplatz zu betrachten und zu meinen, daß sich das eigentliche Geschäft der internationalen Beziehungen und der Weltpolitik woanders abspiele. Ich glaube, daß dies eine äußerst kurzfristige Denkweise ist. Die Realisten, die die Vereinten Nationen schufen, taten dies im Anschluß an eine weltweite Katastrophe und aus der Erkenntnis heraus, daß es zu dieser Katastrophe ja gerade deswegen gekommen war, weil man nichts aus der Vergangenheit gelernt hatte. Ihnen war klar — und auch wir sollten uns immer wieder

United Nations
General Assembly



Second Special Session On
DISARMAMENT
1982

Auf »einfache, aber höchst überzeugende Art« verdeutlicht nach den Worten von Kurt Waldheim dieser Plakatentwurf von Gerhard Voigt aus der DDR das Anliegen der neuerlichen UN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung im kommenden Jahr. Einen Scheck über 2 500 Dollar, den ersten Preis des Wettbewerbs, zu dem 93 Entwürfe aus 67 Ländern eingereicht worden waren, übergab der Generalsekretär dem DDR-Botschafter Peter Florin. Die Sondergeneralversammlung, die an die Tagung von 1978 anschließt, soll vom 7. Juni bis zum 9. Juli 1982 stattfinden (vgl. S. 215 dieser Ausgabe).

vor Augen halten —, wie rasch das schöne Friedenswetter in unerwartete und heftige Stürme umschlagen kann, vor allem in unserer heutigen Zeit, in der die moderne Technik die Kettenreaktion von Ursache und Wirkung sehr viel schneller ablaufen läßt als zuvor. Mehr denn je brauchen wir heute den Schutz und die Hilfe von Institutionen, die solche Stürme von unserer nicht sehr wetterfesten Gesellschaft abhalten können, sowie die Selbstbeschränkung und Anpassungsbereitschaft, die für einen umsichtigen und gerechten Umgang mit den Ressourcen unseres Planeten erforderlich sind. Bisher gibt es keine andere Einrichtung, die für diese Aufgaben — trotz all ihrer Schwächen — besser geeignet wäre als die Vereinten Nationen. Wir müssen daher diese Vereinten Nationen ausbauen und stärken, statt sie zu schwächen und lächerlich zu machen. Allein schon durch ihre Vermittlerrolle im geopolitischen Veränderungsprozeß, durch ihren dämpfenden Einfluß auf die dabei entstehenden Spannungen und Reibungen, durch ihre Diagnose globaler Mißstände und durch ihre Bemühungen um entsprechende Abhilfen und Gegenmaßnahmen haben sie der Menschheit einen unschätzbaren Dienst erwiesen.

Gegenwärtig wird die Weltorganisation in Fragen des Friedens und der Sicherheit meist erst dann hinzugezogen, wenn eine akute internationale Krise ausgebrochen ist. Dann weicht für kurze Zeit — aber auch nur, weil man sonst keine andere Lösung weiß — die Skepsis gegenüber internationalen Institutionen dem Willen zur Zusammenarbeit und zum Versuch, die Katastrophe noch einmal abzuwenden. Hier — und auch in anderen Bereichen — müssen wir die Vereinten Nationen unbedingt zu einem sehr viel systematischeren, besser durchorganisierten und völlig selbstverständlichen Instrument für die Verbesserung und Regelung der vielfältigen internationalen Beziehungen machen. Erst dann werden sich unsere gegenseitige Ab-

hängigkeit und die neuen geschichtlichen Kräfte, die uns unwiderlich zwingen, in ein und derselben Welt miteinander zusammenzuleben, nicht als negative, sondern als konstruktive weltgeschichtliche Faktoren erweisen.

IV. Die Hauptkonfliktgebiete des letzten Jahres

Wie ich schon zu Anfang ausgeführt habe, war das vergangene Jahr vor allem durch Spannungen und große Belastungen der internationalen Beziehungen gekennzeichnet. Die neuen Spannungen im Ost-West-Verhältnis und das Weiterschwellen einer Reihe von regionalen Konflikten ergeben zusammen eine recht gefährliche Kombination. Die Bemühungen der Vereinten Nationen galten daher in erster Linie dem Versuch, diese regionalen Konflikte beizulegen oder zumindest einzudämmen.

Das Nahostproblem

Mit ihrem brisanten Konfliktstoff und der sich daraus ergebenden Gefährdung des Weltfriedens ist die Lage im Nahen Osten mit all ihrer Komplexität und all ihren Verzweigungen noch immer eine der Haupt Sorgen der Regierungen und Völker der ganzen Welt. Leider waren im vergangenen Jahr nur wenig Anzeichen eines Fortschritts auf dem Weg zu der erhofften Gesamtregelung zu erkennen, die letzten Endes allein allen Nationen und Völkern dieser Region eine friedliche und gerechte Zukunft sichern kann. Stattdessen wurde die auch schon zuvor recht komplexe Situation durch eine Reihe folgenreicher, oft gewaltsamer Ereignisse noch weiter kompliziert. Die Verschärfung der Spannungen zwischen Israel und der Syrischen Arabischen Republik, der israelische Angriff auf die Kernkraftanlage im Irak, der fortgesetzte Teufelskreis der Gewalt im Libanon und den angrenzenden Gebieten, der sich in jüngster Zeit mit tragischen Folgen ausweitete — dies alles hat uns nochmals gezeigt, welche Gefahren mit dem Ausbleiben von Fortschritten auf dem Weg zu einer solchen Gesamtregelung verbunden sind.

Die weitergehende Tragödie im Libanon erinnert uns eindringlich daran, daß wir unbedingt den Verhandlungsweg einschlagen müssen, wieviel Steine auch immer auf diesem mühsamen und schweren Weg liegen mögen. Der kürzlich vereinbarte Waffenstillstand bietet dazu eine Gelegenheit, die nicht so bald wiederkehren wird, und die wir daher nicht versäumen sollten. Kein Waffenstillstand, keine Friedenssicherungsoperation und keine andere Maßnahme zur Eindämmung des Konflikts kann jedoch auf die Dauer verhindern, daß es zu neuen Gewaltausbrüchen kommt, solange nicht im Rahmen von Verhandlungen, an denen alle Beteiligten teilnehmen, die Kernfragen des Problems in Angriff genommen werden. Ich möchte nicht versäumen, an dieser Stelle den Offizieren und Soldaten der UNIFIL-Truppen zu danken, die mit viel Mut und persönlichem Einsatz unter äußerst schwierigen Umständen eine sehr wichtige Rolle bei der Eindämmung des Konflikts im südlichen Libanon gespielt haben.

Durch den Erwerb von technisch immer vollkommeneren Offensivwaffen wird jeder neue Ausbruch von Gewalttätigkeiten unvermeidlich auch immer größere Schäden anrichten und immer schwerer wieder unter Kontrolle zu bringen sein. Realistischerweise müssen wir hier auch sagen, daß schon jetzt der drohende Schatten von Atomwaffen über dem Nahen Osten liegt.

Seit 1948 sind die Vereinten Nationen durch Operationen, die den Nahostkonflikt unter Kontrolle halten sollen, auch ganz unmittelbar am Geschehen beteiligt. Ohne diese Bemühungen wäre die Lage zweifellos noch unendlich viel gefährlicher und destruktiver als sie es jetzt schon ist. Die Weltorganisation bietet jedoch zugleich auch ein weltweites Forum an, in dessen Rahmen die Bemühungen um eine friedliche Beilegung des Konflikts letzten Endes wahrscheinlich am besten weiterverfolgt werden können. Voraussetzung für den Erfolg solcher Bemühungen wird nicht nur sein, daß sich alle betroffenen Parteien daran beteiligen, sondern auch daß sie fest entschlossen sind, zu einem Ergebnis zu kommen. Die Fragen, um die es geht, sind hinlänglich bekannt. Dazu gehören das Recht aller Staaten dieser Region, in gesicherten und anerkannten Grenzen, frei von Gewaltandrohung oder Gewaltanwendung in Frieden zu leben, die unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes, einschließlich seines Rechts auf Selbstbestimmung, und der Rückzug aus den besetzten Gebieten, wobei auch der Frage Jerusalems größte Bedeutung zukommt. Im Interesse des Weltfriedens und der Völker des Nahen Ostens müssen wir alles nur Erdenkliche tun, um die Bereitschaft zu Verhandlungen und zur Herbeiführung einer Lösung dieses entscheidenden und so schwer zu lösenden Nahostkonflikts zu fördern.

Der Krieg im Mittleren Osten

Der anhaltende Konflikt zwischen dem Irak und dem Iran bereitet uns allen große Sorge. Abgesehen von dem großen menschlichen Leid und den materiellen Verlusten, die er verursacht, besteht auch die Gefahr, daß der Krieg in diesem äußerst krisenanfälligen Teil der Welt weitreichende, nicht abzusehende Folgen nach sich zieht. Wenn der Weltfrieden und die internationale Sicherheit erhalten bleiben sollen, muß unbedingt ein Ende der Kämpfe herbeigeführt und möglichst bald eine einvernehmliche Regelung erzielt werden, die den

Grundprinzipien der Gerechtigkeit und des Völkerrechts entspricht und den legitimen Rechten beider Seiten gebührend Rechnung trägt.

In dem Bemühen um eine friedliche Beilegung dieses Konflikts habe ich dem Irak und dem Iran meine guten Dienste angeboten und den ehemaligen schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme zu meinem Sonderbeauftragten ernannt. Auch die Islamische Konferenz und die Bewegung der nichtgebundenen Länder haben sich ähnlich besorgt gezeigt und ebenfalls Delegationen in das Konfliktgebiet entsandt. Ich selber wurde laufend über diese Bemühungen unterrichtet.

Inzwischen ist klar geworden, daß die Ursachen dieses Konflikts recht komplex sind und sich keine leichte und schnelle Lösung für ihn finden lassen wird. Mein Sonderbeauftragter hat Gespräche über eine umfassende Regelung des Konflikts geführt, wozu ein Waffenstillstand und die Zurückziehung der Streitkräfte sowie geeignete Verfahren für eine friedliche Lösung der umstrittenen Fragen gehören. In diesem Zusammenhang hat er auch besprochen, mit welchen eventuellen Maßnahmen man den durch den Konflikt stillgelegten Handelsschiffen verschiedener Nationalität das Verlassen dieses Gebiets ermöglichen kann. Auch wenn noch keine Einigung über die allgemeinen Fragen erzielt werden konnte, hat uns die fortgesetzte Unterstützung der Mission meines Sonderbeauftragten durch beide Seiten in der Fortsetzung unserer Bemühungen bestärkt.

Zypern

Im Rahmen der guten Dienste, um die ich vom Sicherheitsrat gebeten worden war, habe ich mich während des gesamten letzten Jahres unablässig um Fortschritte bei der Herbeiführung einer gerechten und dauerhaften Lösung des Zypernproblems bemüht. So lange keine Regelung gefunden ist, bleibt es die wichtige Aufgabe der Friedenssicherungsstreitkräfte der Vereinten Nationen auf Zypern, dort für die Erhaltung von Ruhe und Ordnung zu sorgen. Die Schwierigkeiten, die sich einer politischen Lösung des Problems in den Weg stellen, sind zur Genüge bekannt und brauchen hier nicht noch einmal erläutert zu werden. Ich bin jedoch entschieden der Auffassung, daß es schon längst zu einer Einigung hätte kommen sollen. Gespräche zwischen den beiden Volksgruppen sind wohl nach wie vor der beste mögliche Weg zur Aushandlung einer Lösung dieses so schwer zu behandelnden Problems, das in den letzten Wochen mit der Vorlage umfassender Vorschläge sowohl zur territorialen als auch zur Verfassungsfrage in ein neues Stadium eingetreten ist. Dies hat Anlaß zur erneuten Hoffnung gegeben, daß wir jetzt vielleicht in eine konstruktivere Verhandlungsphase eintreten. Um diese neue Situation zu nutzen, werden ich selbst und mein Sonderbeauftragter es möglicherweise für nötig halten, besondere Anstrengungen zu unternehmen und gegebenenfalls einige neue Ideen vorzutragen, damit der Verhandlungsprozeß nicht wieder erlahmt. Ich hoffe, daß alle derartigen Initiativen auch so verstanden werden, wie sie gemeint sind, d. h. als Mittel des Verhandlungsprozesses, die den Weg zu einer einvernehmlichen Lösung erleichtern sollen. Es kann nicht oft genug wiederholt werden, daß jede weitere Verzögerung dieses Prozesses nur dazu beiträgt, den von beiden Parteien als untragbar empfundenen derzeitigen Zustand weiter zu konsolidieren.

Afghanistan

Ein etwas anders geartetes Problem ist die Krise im Zusammenhang mit Afghanistan, die im vergangenen Jahr große Spannungen und Befürchtungen in der ganzen Welt ausgelöst hat. Die Generalversammlung hat sich zu den Grundsätzen geäußert, um die es dabei geht, und gesagt, welche Schritte erforderlich sind. Zahlreiche Bemühungen galten der Herbeiführung von Verhandlungen zwischen allen beteiligten Parteien über eine faire politische Lösung, die gewährleistet, daß das afghanische Volk ohne Eingriff und Einmischung von außen selbst über sein Schicksal bestimmen kann. Ich habe hierzu Herrn Javier Pérez de Cuéllar zu meinem persönlichen Vertreter ernannt, der dieses Gebiet inzwischen zweimal besucht hat und auch weiterhin allen Möglichkeiten zu einer friedlichen Beilegung des Problems nachgehen wird.

Südostasien

Nach wie vor größte Sorge bereitet mir die Lage in Südostasien. Noch immer sind dieser schwer geprüften Region Frieden und Stabilität verwehrt geblieben und noch immer ist die Lage dort äußerst gefährlich, vor allem im Hinblick auf das Kamputscheaproblem. Nach eingehenden Konsultationen fand vom 13. bis 17. Juli 1981 in New York die von der Generalversammlung in ihrer Resolution 35/6 geforderte Internationale Konferenz über Kamputschea statt. Auch ich selbst habe meine Bemühungen im Rahmen meiner guten Dienste fortgesetzt und wurde über die Konsultationen auf dem laufenden gehalten, die zwischen den Ländern dieses Raums mit anderen Staaten geführt wurden. Trotz dieser auf vielen Ebenen unternommenen Bemühungen ist es jedoch bisher leider nicht gelungen, die Kluft zwischen den verschiedenen Positionen der beteiligten Parteien und Staaten zu überbrücken oder gar wirkliche Fortschritte auf dem Weg zu einer gerechten und dauerhaften Lösung dieses vielschichtigen Problems zu erzielen. Es ist dringend geboten, daß sich alle Beteilig-

ten unter voller Berücksichtigung der Grundsätze der Charta und der Beschlüsse der Generalversammlung um eine solche Lösung bemühen, wenn die ernste Lage bereinigt werden soll, die dem kamputscheanischen Volk und der gesamten Region ein Leben in Frieden und Wohlstand vorenthält. In diesem Zusammenhang möchte ich mit Genugtuung festhalten, daß das Hilfsprogramm des Systems der Vereinten Nationen für das kamputscheanische Volk erfolgreich die befürchteten schlimmsten Auswüchse von Hunger und Zerstörung verhindern konnte, wenn auch die Zukunft dieses Gebiets noch immer höchst ungewiß und problematisch bleibt. Es liegt jedoch auf der Hand, daß sich eine grundlegende Lösung des humanitären Problems erst finden lassen wird, wenn es zu einer umfassenden Lösung der ihm zugrunde liegenden politischen und militärischen Fragen gekommen ist.

Namibia

Immer noch an einem toten Punkt befinden sich alle Bemühungen um Namibia, was sowohl für das namibische Volk als auch für den Frieden, die Sicherheit und die Entwicklung des gesamten Südlischen Afrika äußerst schädlich ist. Auch über die unmittelbare Region hinaus sind die internationalen Beziehungen derzeit von dieser Situation betroffen. Der jüngste massive Einfall südafrikanischer Truppen in Angola und die dadurch verursachten schweren Verluste und Zerstörungen haben auf tragische Weise erneut klargemacht, wie dringend das Problem von Namibia gelöst werden muß — eines Territoriums, für das die Vereinten Nationen eine ganz besondere Verantwortung tragen.

Da mir sehr daran lag, einen Ausweg aus dieser Sackgasse zu finden, in der wir uns leider schon viel zu lange befinden, ergriff ich etliche Initiativen, deren Höhepunkt im vergangenen Januar das Treffen in Genf war. Als Südafrika auf dieser Konferenz erklärte, es sei noch nicht bereit, ein Waffenstillstandsabkommen zu unterzeichnen und mit der Durchführung der Resolution 435(1978) des Sicherheitsrats zu beginnen, blieb eine große Chance zur Lösung dieses Problems ungenutzt. Das Ergebnis ist eine Rückkehr zu Blutvergießen und Gewalt, noch größerer Verbitterung und Frustration und weiterem Stillstand. Obwohl inzwischen auf bilateraler Ebene noch verschiedene Versuche unternommen wurden, konnte doch bis jetzt kein Durchbruch erzielt werden. Wie ich bereits mehrfach wiederholt habe, muß die Resolution 435(1978) des Sicherheitsrats nach wie vor die Grundlage für den Weg Namibias in die Unabhängigkeit bleiben. Ich kann gar nicht oft genug darauf hinweisen, daß wir unbedingt einen Weg aus dieser Sackgasse finden müssen. Die soeben abgeschlossene Debatte der achten Notstandsodertagung der Generalversammlung hat gezeigt, wie sehr diese Frage weiten Teilen der internationalen Gemeinschaft am Herzen liegt. Jetzt kommt es auf neue, gemeinsame Anstrengungen an, damit das in Resolution 435(1978) vorgesehene Vorgehen, das bereits ausführlich erörtert wurde und auf das man sich grundsätzlich geeinigt hatte, ohne weitere Verzögerung befolgt werden kann.

Südafrika

Ein weiterer Gegenstand tiefer Besorgnis in Afrika ist der Fortbestand der Apartheidpolitik Südafrikas, die schon so viel Verbitterung und Zwietracht verursacht hat und deren tragische Folgen wir im Laufe der Jahre mitangesehen haben. Ein ganzes System von Gesetzen trennt die einzelnen Rassen und sorgt dafür, daß der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung ihre grundlegenden Menschenrechte vorenthalten werden. Für viele bedeutet dies die Entwurzelung und den Verlust ihrer Heimat und für unzählige andere, daß sie gegen ihren Willen gezwungen sind, in sogenannten 'homelands' zu leben. Das ganze Volk von Südafrika muß gleichberechtigt an der Lenkung der Geschicke seines Landes teilhaben können, wenn dort die Gewalt ein Ende haben soll. Auch die Beziehungen zu den übrigen Mitgliedern der internationalen Gemeinschaft können durch die Fortführung der bisherigen Rassenpolitik der südafrikanischen Regierung nur noch weiter belastet werden.

Es ist daher verständlich, daß mit wachsender Ungeduld immer häufiger der Ruf nach zusätzlichen Maßnahmen zur Beseitigung der Apartheid zu hören ist. Deshalb lud die Generalversammlung vor kurzem auch zur Internationalen Konferenz über Sanktionen gegen Südafrika nach Paris ein.

West-Sahara

Auch die Frage der West-Sahara gehört zu den drängenden Problemen, für die möglichst bald eine Lösung gefunden werden muß. Die Lage ist nach wie vor gespannt, und wir müssen alles in unseren Kräften Stehende tun, um im Einklang mit den Grundsätzen der Charta für eine Lösung zu sorgen. Die Generalversammlung hat ihren Standpunkt dazu klar gemacht und das Recht der Bevölkerung dieses Territoriums auf Selbstbestimmung bekräftigt.

Auch die Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) hat sich sehr eingehend mit dieser Frage befaßt. Hier möchte ich den afrikanischen Politikern und Staatsmännern meine Anerkennung aussprechen, deren engagierte Bemühungen vor kurzem unter dem Vorsitz des kenianischen Präsidenten Moi innerhalb der OAU zu einer Einigung über eine friedliche Lösung des Problems geführt haben.

Kürzlich hatte ich in Paris Gelegenheit, mit Präsident Moi über die Rolle zu sprechen, die den Vereinten Nationen bei der Durchführung des OAU-Beschlusses über die Vorbereitung und Abhaltung eines Referendums sowie über die Einhaltung des Waffenstillstands in diesem Territorium zukommen soll. Vermutlich wird es bei dem für Ende September geplanten Besuch des OAU-Vorsitzenden hier am Sitz der Vereinten Nationen zu weiteren Gesprächen über diese Frage kommen.

Zweifellos werden die dafür in Frage kommenden Organe der Vereinten Nationen noch gebeten, die erforderlichen Beschlüsse bezüglich der Rolle der Vereinten Nationen bei den praktischen Vorkehrungen zur Regelung dieses Problems zu fassen.

Süd- und Mittelamerika

In Lateinamerika kommt es gegenwärtig zu einer Anpassung der wirtschaftlichen und politischen Modelle an die Erwartungen einer Gesellschaft, deren herkömmliche Wertvorstellungen sich derzeit ständig wandeln und weiterentwickeln. Neue Umstände und geänderte Einstellungen haben zu unterschiedlichen Bewertungen der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnisse der einzelnen Staaten geführt. In Mittelamerika riefen diese Veränderungen Erschütterungen hervor, die zu beträchtlichen Sorgen und Befürchtungen geführt haben. Die Situation wird dadurch noch weiter kompliziert, daß man sich ständig immer wieder gegenseitig Einnischung von außen vorwirft. Ich habe konsequent die Auffassung vertreten, daß für diese Probleme politische Lösungen gefunden werden müssen, die die Besonderheit und die Souveränität jeder lateinamerikanischen Nation voll und ganz berücksichtigen. Ferner müssen wir international stärker zusammenarbeiten, wenn sich die in diesem Raum herrschenden sozialen und wirtschaftlichen Zustände bessern sollen, die ja letztlich die eigentliche Ursache für die derzeitigen politischen Unruhen sind. Mit Freude habe ich in diesem Zusammenhang zur Kenntnis genommen, daß Kanada, Mexiko, Venezuela und die Vereinigten Staaten auf den Bahamas angekündigt haben, künftig gemeinsam zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der mittelamerikanischen und karibischen Länder beitragen zu wollen.

Erfreulicherweise können wir auch feststellen, daß die lateinamerikanischen Länder an ihrer Tradition festgehalten haben, internationale Streitigkeiten mit friedlichen Mitteln beizulegen. Bei anderer Gelegenheit habe ich meine Sorge über die Auseinandersetzung Argentiniens und Chiles über den Beagle-Kanal geäußert. Diese beiden Länder haben Seine Heiligkeit Papst Johannes Paul II. um Vermittlung gebeten, durch dessen unermüdliche Bemühungen die Gefahr einer militärischen Konfrontation abgewendet werden konnte. Von ebendiesem Grundsatz der friedlichen Beilegung von Streitigkeiten ließen sich auch die Regierungen Ecuadors und Perus leiten, als sie nach einer Reihe bewaffneter Zusammenstöße zu Beginn dieses Jahres beschlossen, sich an den Verhandlungstisch zu setzen. Durch ihre positive Einstellung konnten diese Regierungen eine weitere Eskalation der Feindseligkeiten verhindern. Ich hoffe, daß ähnliche Mittel auch zur Beilegung anderer bilateraler Konflikte eingesetzt werden, die leider in dieser Region aufgetreten sind.

V. Der Rüstungswettkampf

Im vergangenen Jahr lenkten mehrere Ereignisse die Aufmerksamkeit der Weltgemeinschaft von neuem auf eines der zentralen Probleme unserer Zeit, den Rüstungswettkampf, der praktisch seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs nahezu ungehindert weiterging, und auf die unglückselige Ausweitung dieses Rüstungswettkampfs auf den Bereich der Kernwaffen.

Dieser sogenannte Rüstungswettkampf ist in Wirklichkeit ein ganzer Komplex von Problemen. Der wichtigste Einzelfaktor und die treibende Kraft des weltweiten Wettrüstens war über lange Zeit die Feindschaft zwischen Ost und West. Nach einer Zeit der relativen Ruhe durchlaufen die Beziehungen zwischen den Supermächten eine neue Spannungsperiode und es gibt klare Anzeichen für eine neue, sehr viel intensivere gegenseitige Steigerung ihrer Rüstungsanstrengungen.

Diese Entwicklung mit ihren offensichtlichen Gefahren für die Zukunft der gesamten Menschheit wäre an sich schon ausreichend, um uns alle mit wachsender Sorge zu erfüllen. Doch gibt es inzwischen unmißverständliche Anzeichen dafür, daß das Wettrüsten in all seiner fundamentalen Irrationalität und mit all seinen Risiken dabei ist, auf die ganze Welt überzugreifen. Der weitaus überwiegende Anteil der Militärausgaben entfällt zwar immer noch auf die beiden großen Blöcke, doch haben sich die Verteidigungsausgaben in anderen Ländern im vergangenen Jahrzehnt real nahezu verdoppelt und ist auch immer noch eine steigende Tendenz zu beobachten. Die großen wie die kleinen Länder berufen sich auf ein legitimes Sicherheitsbedürfnis, wenn es darum geht, ihre Beteiligung an der immer schneller vor sich gehenden Anhäufung von Waffen zu rechtfertigen. Die auf diese Weise hervorgerufenen Spannungen bringen jedoch nicht nur ihre eigenen Gefahren mit sich, sondern können auch destabilisierende Tendenzen auslösen, die bei einer Beteiligung der beiden miteinander konkurrierenden Großmächte die Gefahr einer Eskalation her-

aufbeschwören. Außerdem verzehrt das Wettrüsten schneller denn je Kräfte und Ressourcen, die verzweifelt für Entwicklungsaufgaben gebraucht werden.

Mit dem neuen Auftauchen der Kernwaffen in der Geschichte eröffnete sich schon vom ersten Augenblick an eine völlig neue, furchterregende Dimension für die Möglichkeiten einer weltweiten Katastrophe. Die betreffenden Regierungen haben zwar zu Recht ihre äußerste Abneigung gegen einen Einsatz dieser Waffen zum Ausdruck gebracht, doch bedeutet die bloße Existenz dieser Waffen in dem gespannten Verhältnis zwischen den beiden Großmächten eine noch nie dagewesene Gefahr für die menschliche Gesellschaft und Zivilisation. Störungen, Konfrontationen und Emotionen in den außenpolitischen Beziehungen lassen sich nur schwer voraussehen, verhindern oder kontrollieren, und ein Kernwaffenkrieg wäre nicht nur der bisher schnellste, sondern wahrscheinlich auch der letzte Krieg. Schon das heutige Wettrüsten zwischen den größten Mächten stellt eine ungeheure potentielle Gefahr für die Menschheit dar. Diese Gefahr und das Risiko eines tatsächlichen Einsatzes dieser Waffen wird jedoch durch ein ähnliches Wettrüsten zwischen weiteren Kernwaffenstaaten noch unermesslich viel größer.

Seit nun schon vielen Jahren war es eines der wichtigsten Ziele der internationalen Gemeinschaft, die friedliche Nutzung der Kernenergie zu fördern und gleichzeitig die militärische Anwendung dieser Energie zu verhindern bzw. von ihr abzuschrecken. Außerordentlich wichtig in diesem Zusammenhang ist der Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen, dem 115 Staaten als Vertragspartner angehören. Fortschritte auf dem Wege zu einer universalen Geltung dieses Vertrages und die allgemeine Zulassung der von der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) durchgeführten Sicherheitskontrollen wären ein großer Schritt zur Beruhigung der Befürchtungen, daß die Verbreitung von Kerntechnologie und Kernmaterial den Weg zur Entwicklung eines entsprechenden Militärpotentials freigegeben könnte. Dabei muß auch dringend irgendwie dafür gesorgt werden, daß das Sicherheitskontrollsystem nicht mit Hilfe von hochentwickelten Technologien umgangen wird.

Eine weitere außerordentlich bedeutsame Entwicklung ist das zunehmende Interesse für kernwaffenfreie Zonen, für die der Vertrag von Tlatelolco bereits ein erfolgreiches Beispiel bietet. Kernwaffenfreie Zonen sorgen nicht nur erfolgreich für eine Nichtverbreitung von Kernwaffen, sondern sind auch wichtige Schritte auf dem Wege zur regionalen nuklearen Abrüstung.

Wenn es darum geht zu verifizieren, ob die Staaten die mit den entsprechenden Abkommen eingegangenen Verpflichtungen auch einhalten, spielen die Sicherheitskontrollen der Internationalen Atomenergie-Organisation eine große Rolle. Diese Sicherheitskontrollen sollen das Vertrauen der Staaten in eine angemessene Durchführung solcher Abkommen so weit wie irgend möglich stärken und sind deshalb eine grundlegende Voraussetzung für ihren Erfolg. Zur Zeit werden verschiedene Programme für eine internationale Zusammenarbeit im Nuklearbereich — wie zum Beispiel die gemeinsame Lagerung von bestrahlten Brennstoffen oder ausgedehntem Plutonium — erörtert, durch die — mit dem Ziel einer Stärkung des internationalen Vertrauens — das Kontrollsystem verbessert und durch entsprechende institutionelle Vorkehrungen ergänzt werden kann. Von großer Bedeutung sind auch Abkommen zwischen Lieferländern und potentiellen Empfängerländern über die Bedingungen für die Lieferung von Kernmaterial, Anlagen und Know-how, die nicht nur zur Nichtverbreitung von Kernwaffen, sondern auch zur Schaffung eines zuverlässigen Versorgungsmarkts beitragen.

Die jüngsten Ereignisse haben uns vor Augen geführt, wie wichtig es ist, daß sich alle Staaten — sei es über den Nichtverbreitungsvertrag oder im Rahmen einer kernwaffenfreien Zone — wirksamen Sicherheitskontrollen für die Nichtverbreitung unterwerfen, oder daß sie ihre gesamte Tätigkeit im Nuklearbereich mit dem Sicherheitskontrollsystem der Internationalen Atomenergie-Organisation in Einklang bringen. Dabei kommt es auch darauf an, daß alle Staaten, die befürchten, daß dieses Kontrollsystem einen vermuteten Verstoß nicht rechtzeitig entdeckt, sich der mit diesem System geschaffenen internationalen Verfahren bedienen, um sich zu vergewissern, wie sich die Dinge in dem betreffenden Fall verhalten.

Die jüngste Debatte über den Überfall auf die irakischen Atomanlagen warf eine Reihe von Fragen auf, auf die danach keine befriedigende Antwort gegeben werden konnte. Bei Fragen, bei denen es nicht so sehr darum geht, wie unsere Zukunft aussehen wird, sondern darum, ob wir überhaupt noch eine Zukunft haben, sollten der internationalen Gemeinschaft meiner Ansicht nach die besten und vertrauenswürdigsten Sachverständigen zur Seite stehen. Deshalb hielt ich es vielleicht auch für klug, den Wissenschaftlichen Beratungsausschuß zu reaktivieren, der den Vereinten Nationen bei der Vorbereitung ihrer Aktivitäten und Konferenzen im Bereich der friedlichen Nutzung der Kernenergie so hervorragend und erfolgreich gedient hat. Dieser Ausschuß, dem hervorragende und geachtete Wissenschaftler angehörten, begleitete mit seinem unschätzbaren Rat und seiner großen Autorität die damaligen ersten Bemühungen auf diesem Gebiet. Wenn dieser Ausschuß nach entsprechenden Konsultationen mit der Internationalen Atomenergie-Organisation auf einer ähnlichen Ebene wie damals rekonstituiert würde, könnte

er meiner Ansicht nach bei der Lösung von Problemen der soeben geschilderten Art abermals eine außerordentlich konstruktive Rolle spielen.

Ich habe schon früher darauf hingewiesen, wie eng der Zusammenhang zwischen dem Rüstungswettlauf und dem Bestreben der Staaten ist, sich vor etwas zu schützen, was ihnen als eine konkrete äußere Bedrohung erscheint. Echte Fortschritte auf dem Wege zu einer Welt ohne Waffen hängen daher weitgehend von der Entwicklung des Vertrauens zwischen den einzelnen Staaten und Völkern und einer wenigstens teilweisen Beseitigung der Ursachen für Mißtrauen und Feindseligkeit ab.

Ich hoffe daher auch, daß die SALT-Verhandlungen über die Begrenzung der strategischen Rüstungen so bald wie irgend möglich wiederaufgenommen und zu einem erfolgreichen Abschluß gebracht werden. Dergleichen hoffe ich, daß das bevorstehende Treffen zwischen den Außenministern der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion einen neuen Anfang auf dem Weg zur Erneuerung des Dialogs und der Wiederaufnahme konstruktiver Verhandlungen bilden wird. Die kürzlich erfolgten Vorschläge, bilaterale und multilaterale Gipfeltreffen im Sicherheitsrat abzuhalten, sind nur eine natürliche Erweiterung dieser neuerlichen Bemühungen um eine Aufrechterhaltung des Dialogs und der Kommunikation und verdienen Aufmerksamkeit.

Die Aufrechterhaltung des Dialogs gehört untrennbar zu den Bemühungen um die Beseitigung der Ursachen von Mißtrauen und Feindseligkeit zwischen Staaten und Völkern, die den gegenwärtigen weltweiten Rüstungswettlauf nähren. Die Geschichte liefert durchaus Beispiele dafür, daß ein Rüstungswettlauf ganz unabhängig von den politischen Ursachen, die ihn ursprünglich in Gang gesetzt haben, eine eigene Dynamik entwickeln und unaufhaltsam zur Katastrophe führen kann.

Die internationale Gemeinschaft hat die Pflicht, alles zu versuchen, um diesen tödlichen Zirkel, der von Mißtrauen und Feindseligkeit zu einer Anhäufung von Waffen und von dieser Anhäufung von Waffen zu einer weiteren Verschärfung von Mißtrauen und Feindseligkeit führt, an jeder Stelle zu durchbrechen, wo ihr dies möglich ist. Gleichzeitig scheint es mir auch durchaus in Ordnung, wenn wir uns erneut und gemeinsam bemühen, uns auf jeder — auch auf der allerhöchsten — Ebene unmittelbar mit den Gefahren auseinanderzusetzen, die das Wettrüsten in allen seinen Formen mit sich bringt.

Im Jahre 1978 hielt die Generalversammlung eine Sondertagung ab, auf der sie die Grundlage für anhaltende und sinnvolle Fortschritte auf dem Wege zur Abrüstung legte. Bedauerlicherweise haben sich die im Schlußdokument der Zehnten Sondertagung verkörperten Hoffnungen noch nicht realisiert. Zur Zeit werden die Vorbereitungen für eine zweite Sondertagung der Generalversammlung über Abrüstungsfragen getroffen, die im Frühjahr 1982 stattfinden soll. Diese Tagung wird hinlänglich Gelegenheit bieten, sich erneut gemeinsam unmittelbar mit den grauenhaften Gefahren des Wettrüstens auseinanderzusetzen.

VI. Probleme der Weltwirtschaft

Im nuklearen Zeitalter entscheidet die Abrüstung darüber, ob die Menschheit überlebt. Im Zeitalter der Interdependenz und des technischen Wandels entscheidet die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung darüber, ob sie mit Anstand und Selbstachtung überleben kann.

Allen Bemühungen um eine Anpassung der einzelstaatlichen Politiken und einen Ausbau der internationalen Zusammenarbeit zum Trotz hat die Weltwirtschaft immer noch mit größten Schwierigkeiten zu kämpfen, so daß noch sehr viel größere Anstrengungen unternommen werden müssen, wenn dauerhafte Resultate erzielt werden sollen. Weiterhin hält sich die Wirtschaftstätigkeit hartnäckig auf niedrigem Niveau, was sich auf Länder aller Regionen nachteilig auswirkt. Die Industrieproduktion befindet sich praktisch im Zustand der Stagnation, und der Welthandel hat erheblich an Dynamik eingebüßt. Die Zahl der unausgeglichenen Zahlungsbilanzen hat gewaltig zugenommen, Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung greifen immer weiter um sich und trotz einiger positiver Entwicklungen in jüngster Zeit hält sich die Inflation auf unerträglich hohem Niveau.

Diese weltwirtschaftliche Situation hat sich nachteilig auf die Bemühungen der einzelnen Entwicklungsländer um ein beschleunigtes Wachstum und eine Normalisierung ihrer Zahlungsbilanzposition ausgewirkt. In den meisten Entwicklungsländern ist im Jahre 1980 das Pro-Kopf-Einkommen der Bevölkerung de facto zurückgegangen, und ein weiterer Rückgang im Jahre 1981 kann noch nicht ausgeschlossen werden. Es ist geradezu eine Ironie, daß in einer Zeit, in der klarer denn je erkannt wird, wie notwendig eine erfolgreiche Bewältigung von Entwicklungsaufgaben und eine Neuordnung der Weltwirtschaft ist, bei Fortbestehen der gegenwärtigen Tendenzen damit gerechnet werden muß, daß im Jahre 1990 über 800 Millionen Menschen in absoluter Armut, d. h. unter dem Existenzminimum leben werden.

Diese Stagnation und ständige weitere Ausbreitung der Armut kann und darf nicht hingenommen werden. Sie enthält den Keim für weitverbreitete Spannungen und Unruhen, die letzten Endes eine Bedro-

hung des Weltfriedens und der internationalen Stabilität darstellen.

Es ist äußerst beunruhigend, daß ausgerechnet in einer solchen Situation faktisch ein Nachlassen der Bemühungen um eine internationale Zusammenarbeit und eine Schwächung des Systems der multilateralen Zusammenarbeit zu verzeichnen sind. Zunehmend besteht die Tendenz zu einseitigen Maßnahmen, durch die die Last einer wirtschaftlichen Anpassung auf den jeweiligen Handelspartner bzw. auf die übrige Welt abgewälzt wird. Dazu kommt dann noch die Gefahr von Vergeltungsmaßnahmen, die zu einem Circulus vitiosus führen, in dem alle darin gefangenen Länder — ähnlich wie dies zwischen den beiden Weltkriegen der Fall war — schließlich feststellen müssen, daß es ihnen erheblich schlechter geht als zuvor.

In einer Zeit langsamen Wachstums, steigender Inflationsraten, schwankender Währungskurse und eines weitverbreiteten Nachlassens der wirtschaftlichen Dynamik fällt es den großen Industrieländern immer schwerer, Mittel zur Bewältigung drängender wirtschaftlicher und sozialer Aufgaben bereitzustellen. Auch ist es schwierig, angesichts des Wettstreits vieler verschiedener Interessengruppen um die verfügbaren Mittel Maßnahmen zur Eindämmung der Inflation zu ergreifen. Gleichzeitig verschlingen die Rüstungsausgaben immer mehr Mittel, ohne daß letzten Endes die internationale Sicherheit dadurch wirklich erhöht wird. In diesem Jahr wurden für Rüstungszwecke 500 Milliarden US-Dollar bereitgestellt, während gleichzeitig die Entwicklungshilfe, die einen sehr wichtigen und grundlegenden Beitrag zur Erhaltung der weltweiten Stabilität leistet, stagniert. Schon 5 Prozent der genannten Summe für Militärausgaben würden ausreichen, das in der Internationalen Entwicklungsstrategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen gesetzte Ziel für die öffentliche Entwicklungshilfe zu erreichen.

Auch im internationalen Rahmen erwies es sich als schwierig, rechtzeitig die erforderlichen Beschlüsse zu fassen. Wie sich auf der Elften Sondertagung der Generalversammlung — trotz der konstruktiven Haltung, in der man an sie heranging — zeigte, kommt man hier zu wenig und zu langsam voran. Von den beachtlichen Fortschritten bei der öffentlichen multilateralen Zahlungsbilanzfinanzierung abgesehen, gingen von dem in den vergangenen Monaten geführten internationalen Dialog nicht die Impulse aus, die zur Verwirklichung der von der Generalversammlung verabschiedeten Internationalen Entwicklungsstrategie notwendig gewesen wären. Vielmehr haben umgekehrt einseitige Maßnahmen nur noch zu größerer Unsicherheit geführt und zu den Faktoren beigetragen, die den Erfolg der Strategie zu vereiteln drohen.

Vor allem liegen die freiwilligen Beitragszusagen gerade an diejenigen internationalen Organisationen, die für die Erreichung der Ziele der Internationalen Entwicklungsstrategie eine entscheidende Rolle spielen, in erschreckendem Ausmaß unter dem benötigten Betrag. So gingen beispielsweise vor kurzem dadurch, daß die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA) einige ihrer Operationen suspendieren mußte, Entwicklungsländern mit niedrigem Einkommen unersetzliche Investitionsmittel verloren. Gleichzeitig drohen auch den vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen vorgesehenen Hilfsmaßnahmen für die Entwicklungsländer einschneidende Mittelkürzungen. Bedauerlicherweise passiert dies ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, wo die hochspezialisierte Kapazität der meist über langjährige Erfahrung verfügenden Organisationen des Systems der Vereinten Nationen zur Leistung von Entwicklungshilfe sowieso schon viel zu wenig genutzt wird.

Der gesamten internationalen Gemeinschaft müßte dringend an einer Umkehr der gegenwärtigen ungünstigen Tendenzen gelegen sein. Eine stärkere internationale Unterstützung in kritischen Bereichen wie Ernährung, Energie, Rohstoffe, Finanzen und Handel könnte viel dazu beitragen, daß sich — im Interesse aller Länder — die derzeitige Wirtschaftslage wieder ändert. Dabei ist es unbedingt nötig, diese Probleme unter Beteiligung aller Ländergruppen gleichzeitig in all ihren Aspekten zu behandeln, ohne daß es dabei zu Widersprüchen und Inkonsistenzen kommt.

Zu meinem Bedauern haben sich die Mitgliedstaaten bis heute noch nicht soweit geeignet, daß der globale Verhandlungsprozeß beginnen konnte, auf den sich die Generalversammlung im Prinzip schon 1979 geeinigt hatte. Es ist meine aufrichtige Hoffnung, daß sowohl die Befürchtungen und das Mißtrauen, die in einigen Kreisen noch immer vorherrschen, als auch die sachlichen Meinungsverschiedenheiten bald durch die erforderlichen politischen Entscheidungen überwunden werden.

Inzwischen werden von dem bevorstehenden Treffen einiger Staats- und Regierungschefs aus Nord und Süd in Cancún vielleicht neue politische Impulse für eine Verständigung ausgehen, die dann zur Einleitung gemeinsamer Maßnahmen führt, die alle Mitgliedstaaten einbeziehen.

Im Rahmen der Vereinten Nationen wurde im vergangenen Monat auf der Konferenz über neue und erneuerbare Energiequellen das Aktionsprogramm von Nairobi verabschiedet, das die Entwicklung und Nutzung ausgewählter alternativer Energiequellen fördern soll. Zwar wurde anhand der auf der Konferenz aufgeworfenen Probleme deutlich, wie komplex die Energiesituation in den einzelnen Natio-

nen ist, aber immerhin stellt das Aktionsprogramm schon einen greifbaren Erfolg dar, der als Ausgangsbasis für konstruktive gemeinsame Bemühungen in diesem so wichtigen Bereich dienen kann, unter den auch einige besonders wichtige Energiequellen fallen, die vor allem für die Entwicklungsländer von großer Bedeutung sind. Das Aktionsprogramm selbst ist zwar kein Allheilmittel, aber wenigstens ein Anfang. Wie erfolgreich es in die Tat umgesetzt werden kann, wird vom weiteren Engagement der einzelnen Regierungen und von der Unterstützung durch das System der Vereinten Nationen abhängen. Auf die Dauer wird es jedenfalls nötig sein, das Gesichtsfeld noch etwas zu erweitern, wozu zu gegebener Zeit auch bisher von diesem Aktionsprogramm noch nicht erfaßte Energiebereiche und Energiearten realistisch ins Auge gefaßt werden müssen. Die zu Beginn dieses Monats in Paris abgehaltene Konferenz der Vereinten Nationen über die am wenigsten entwickelten Länder machte auf die Sorgen und Nöte der Länder aufmerksam, deren Lebensstandard schon jetzt unter dem vertretbaren Niveau liegt und noch weiter absinken droht, wenn internationale Maßnahmen ausbleiben. Auf dieser Konferenz wurde nachdrücklich darauf hingewiesen, daß im Rahmen der übrigen Entwicklungsanstrengungen für diese Länder Sondermaßnahmen ergriffen werden müssen, wozu auch die Gewährung von Hilfe zu Vorzugsbedingungen gehört. Konferenzen dieser Art geben Gelegenheit dazu, sich auf höchster Ebene und aus verschiedenster Sicht mit den dringendsten wirtschaftlichen und sozialen Weltproblemen und den Hindernissen auseinanderzusetzen, die sich ihrer Lösung bisher in den Weg gestellt haben. Die internationalen Wirtschaftsprobleme sind heute unauflöslich mit der Erhaltung des Friedens und der Stabilität verbunden und wirken sich sowohl auf die Innen- als auch die Außenpolitik der einzelnen Länder aus. Diese Probleme sind derartig vielschichtig und umfassend, daß sie allerhöchste Anforderungen an das staatsmännische Geschick und die Führungsqualitäten der Politiker stellen, denn in der Lösung dieser Probleme liegt der eigentliche Schlüssel zur künftigen Stabilität und Prosperität sowie zu einem lebenswerten Leben für alle Menschen dieser Erde. Der derzeitigen Tendenz zu Aufspaltung, Verzettlung der Kräfte und einseitigen Aktionen, die letztlich nichts anderes sind als eine Politik der Schwäche, des mangelnden Vertrauens und der Verzweiflung, können wir nur dadurch begegnen, daß wir — neben der Bereitstellung der dringend benötigten Mittel — den Mut zum Umdenken und zu einem neuen Anfang haben.

VII. Humanitäre Fragen

In Artikel 55 der Charta heißt es, daß jener »Zustand der Stabilität und Wohlfahrt« herbeigeführt werden soll, »der erforderlich ist, damit zwischen den Nationen friedliche und freundschaftliche ... Beziehungen herrschen«. Faktisch haben die Vereinten Nationen jedoch versucht, noch ein gutes Stück weiter zu gehen, als ihre Gründer vorgesehen hatten. Der Versuch, mit Problemen fertig zu werden, die Millionen und Abermillionen von Menschen aller Hautfarben und Rassen betreffen, zeugt davon, daß Menschlichkeit und Verantwortungsbewußtsein weltweit im Wachsen begriffen sind. So erklärte die Generalversammlung das Jahr 1981 zum Internationalen Jahr der Behinderten mit dem Motto »Volle und gleichberechtigte Teilnahme der Behinderten an allen Lebensbereichen«. Die Reaktion auf den Appell der Versammlung war weit größer als erwartet. Mehr als 100 Regierungen setzten nationale Ausschüsse zur Koordinierung der Aktivitäten zugunsten der Behinderten ein, und die Öffentlichkeit, vor allem aber die Behinderten selbst, reagierte darauf mit Begeisterung. Auf internationaler Ebene organisierte das Sekretariat des Weltbehindertenjahres eine Reihe von Seminaren und Symposien und arbeitete einen langfristigen Aktionsplan aus, mit dem man dieses weltweite Problem angehen will. Ich hoffe, daß die von diesem internationalen Jahr ausgehenden Impulse sich in praktischen Maßnahmen niederschlagen werden, die den Anforderungen der Situation entsprechen. 1982 wiederum wird sich eine Weltversammlung mit den Problemen der älteren und alten Menschen befassen. Zuweilen gilt das Mitgefühl der internationalen Gemeinschaft einer von ihr miterlebten konkreten menschlichen Tragödie. So veranstalteten die Vereinten Nationen beispielsweise in enger Zusammenarbeit mit der OAU im April die Konferenz über Hilfsmaßnahmen für Flüchtlinge in Afrika, wobei der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen höchst betroffen feststellen mußte, daß die Hälfte aller Flüchtlinge der ganzen Welt — d. h. fünf Millionen Flüchtlinge — in Afrika leben. Diese ungeheure Belastung, die auf einige der am wenigsten entwickelten Länder der Welt fällt, übersteigt bei weitem die Ressourcen der Aufnahmeländer, die aber dennoch in traditioneller Gastfreundschaft ihr möglichstes getan haben, um ihre noch ärmeren Gäste entsprechend zu betreuen. Neunundneunzig Staaten nahmen an dieser Konferenz teil, auf der auch unzählige nichtstaatliche Organisationen vertreten waren. Der Erfolg der Konferenz ist darin zu sehen, daß sie die Weltöffentlichkeit auf die Not und das Elend der afrikanischen Flüchtlinge aufmerksam gemacht, konkrete Hilfe für sie mobilisiert und zur Entlastung der Aufnahmeländer beigetragen hat. Insgesamt wurden Beiträge in der Höhe von 560 Millionen Dollar angekündigt. Es war dies eine ganz beachtliche, zur rechten Zeit

erfolgte Reaktion der internationalen Gemeinschaft und ein überzeugender Hoffnungsschimmer in dem Dunkel der verzweifelten Hilferufe.

In Kambodscha und Thailand führten die dafür in Frage kommenden internationalen Organisationen — d. h. das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF), der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR), die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO), das Welternährungsprogramm (WFP) und das Internationale Komitee vom Roten Kreuz — angesichts der Ereignisse in Kambodscha unter der Koordinierung der Vereinten Nationen weitere humanitäre Hilfsmaßnahmen durch. Bisher konnte die Hauptaufgabe in Kambodscha — die Rettung von Menschenleben — erfüllt werden, aber wie die letzten Monate dieses Jahres verlaufen werden, hängt davon ab, wie sich die Monsunregen auswirken, so daß die Aussichten günstigstenfalls sehr ungewiß sind. Im kambodschanisch-thailändischen Grenzgebiet verteilen das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, das Welternährungsprogramm und das Internationale Komitee vom Roten Kreuz mit Unterstützung mehrerer freiwilliger Hilfsorganisationen Grundnahrungsmittelrationen an etwa 200 000 derzeit in Lagern lebende Kambodschaner. Noch immer gibt es in diesem Raum keine Sicherheit im herkömmlichen Sinn dieses Wortes. Mehrere politische Gruppen liefern einander erbitterte Kämpfe, die immer wieder Tote und Verwundete fordern. Diese unglückselige Situation wird sich kaum wirklich befriedigend lösen lassen, solange nicht eine politische Lösung für diese inzwischen zum internationalen Problem gewordene Frage gefunden wird. Bei der Hilfe für die in Aufnahmezentren lebenden Flüchtlinge konnte der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge gewisse Erfolge verzeichnen; das Umsiedlungsprogramm geht zügig voran, und es wurden Maßnahmen eingeleitet, die zur freiwilligen Rückführung einer ansehnlichen Zahl weiterer, jetzt noch in diesen Lagern lebender Kambodschaner führen können. Knapp 100 000 thailändische Dorfbewohner, die durch den Zuzug kambodschanischer Flüchtlinge in Mitleidenschaft gezogen wurden, werden vom Welternährungsprogramm, vom Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen und vom Internationalen Komitee vom Roten Kreuz unterstützt.

Mit einer weiteren äußerst ernsten Flüchtlingssituation haben wir es in Pakistan und Iran infolge des Zustroms von über zwei Millionen Flüchtlingen aus Afghanistan zu tun. Der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge tut alles, um die Not dieser Flüchtlinge zu mildern.

In meinem letzten Jahresbericht habe ich das Problem der Sicherheit angeschnitten, das in manchen humanitären Notsituationen auftritt. Zu meinem Bedauern gibt es bisher noch keine Lösung für dieses Problem, das nicht nur zuweilen den Erfolg der Soforthilfemaßnahmen und der humanitären Maßnahmen in Frage stellt, sondern auch Sicherheit und Leben der an solchen Operationen beteiligten internationalen und einheimischen Mitarbeiter bedroht.

VIII. Menschenrechtsfragen

In unserer heutigen Welt wird immer deutlicher sichtbar, daß ein innerer Zusammenhang zwischen den Menschenrechten und den Fragen des Friedens und der Sicherheit besteht. Die Ziele und Grundsätze der Charta bedingen sich gegenseitig und hängen eng miteinander zusammen. Es wird daher immer offenkundiger, daß Frieden und Entwicklung Grundvoraussetzungen für die volle Verwirklichung der Menschenrechte sind. Ebenso verlieren Frieden und Entwicklung weitgehend ihren Sinn, wenn die Menschenrechte nicht respektiert werden. Den Bemühungen der Vereinten Nationen und ihrer Mitgliedstaaten um die Förderung und den Schutz der bürgerlichen und politischen ebenso wie der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte kommt daher größte Bedeutung zu. Die breitgestreuten Aktivitäten der Vereinten Nationen können daher als integrierender Bestandteil der Bemühungen um die Förderung und den Schutz der Menschenrechte angesehen werden. Schließlich handelt es sich bei der Tatsache, daß Millionen Menschen unter Armut und Krankheit leiden und daß es ihnen an dem Wenigen mangelt, was als Grundbedürfnis des Menschen gilt, um eine der heute am weitesten verbreiteten Verletzungen der Menschenrechte.

Es ist Aufgabe der Vereinten Nationen, sich mit jeglicher Art von bewußten Menschenrechtsverletzungen auseinanderzusetzen, wie beispielsweise mit Apartheid, rassistischer Diskriminierung oder politischen Morden, mit Folter, willkürlicher Festnahme und Inhaftierung, mit zwangsweisem bzw. unfreiwilligem Verschwinden oder mit Sklaverei und sklavereiähnlichen Zuständen. Diese und ähnliche schwerwiegende Verletzungen der Menschenrechte, von denen unzählige Menschen betroffen sind, können unter keinen Umständen und nirgendwo geduldet oder gerechtfertigt werden, und die Vereinten Nationen würden einer ihrer wichtigsten Aufgaben nicht gerecht, wenn sie sich als unfähig erweisen sollten, derartigen Verletzungen wirksam entgegenzutreten.

Ich freue mich daher über die Überlegungen, die zur Zeit in der Menschenrechtskommission wie auch im Wirtschafts- und Sozialrat und in der Generalversammlung darüber angestellt werden, was getan werden könnte, um sofort auf grobe Verletzungen der Menschenrechte reagieren zu können. Es wurden schon die verschiedensten

Maßnahmen ergriffen, um derartigen Situationen entgegenzutreten, sei es durch öffentliche Debatten oder die Aufnahme von Kontakten zu den betreffenden Regierungen, die Bestellung von Sonderberichterstattern, Gesandten und Vertretern oder durch die Einsetzung von Sachverständigengruppen oder schließlich durch die Versendung von Appellen. Ebenso wurden in manchen Fällen auch vertrauliche Verfahren ins Auge gefaßt. Ich hoffe, daß diese Bemühungen fortgesetzt und noch weiter verstärkt werden.

Ich selbst habe die Menschenrechtskommission in ihren Bemühungen bei groben Verletzungen der Menschenrechte auch weiterhin unterstützt und auf Ersuchen der Kommission in zahlreichen Fällen Kontakte zu den jeweiligen Regierungen aufgenommen. Ferner habe ich meine guten Dienste stets auch für humanitäre Zwecke angeboten, wenn ich der Auffassung war, daß ich damit den jeweiligen Opfern helfen konnte. Soweit es um die Aufstellung von Normen geht, befassen wir uns zur Zeit mit den verschiedensten Bereichen, wie etwa mit einem Verbot der Folter, mit den Rechten von Kindern, Minderheiten, Wanderarbeitern und Menschen, die nicht Staatsbürger des Landes sind, in dem sie leben, sowie mit dem Schutz von Gefangenen und Inhaftierten und der Frage der Religionsfreiheit. Sehr erfreut bin ich auch über die Fortschritte, die auf dem Weg zur Verabschiedung einer Erklärung über die Beseitigung aller Formen von Intoleranz und Diskriminierung aufgrund religiöser oder sonstiger Überzeugungen gemacht wurden.

IX. Die Seerechtskonferenz

Die Eröffnung der zehnten Tagung der Dritten Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen im vergangenen März war überschattet von dem viel zu frühen Hinscheiden ihres Präsidenten Hamilton Shirley Amerasinghe, der diesen gewaltigen Verhandlungsprozeß, dessen Ergebnis der vorliegende Konventionsentwurf ist, in entscheidender Weise mitgestaltet hat.

Wie ich zu meinem größten Bedauern bei der Eröffnung der zehnten Tagung feststellen mußte, hat sich die Hoffnung, daß die Konferenz im Laufe des Jahres 1981 zu ihrem Abschluß käme, trotz der in den letzten sieben Jahren erzielten beachtlichen Fortschritte leider nicht verwirklicht.

Auf der wiederaufgenommenen zehnten Tagung konnten jedoch für einige Probleme, die vorher große Schwierigkeiten bereitet hatten, für einen größeren Kreis von Staaten annehmbare Lösungen gefunden werden. Hierzu gehören u. a. eine neue Formel für die Festlegung der Meeresgrenzen von Staaten mit einander gegenüberliegenden oder aneinander angrenzenden Küsten sowie Beschlüsse über den Sitz der künftigen Internationalen Meeresbodenbehörde und des Internationalen Seegerichtshofs. Außerdem beschloß die Konferenz, eine Endfassung des vereinbarten Konventionsentwurfs zu erstellen und einigte sich auf einen Terminplan für dessen Verabschiedung.

Ich muß kaum noch einmal betonen, wie entscheidend sich das Ergebnis dieser Konferenz darauf auswirken wird, wie die einzelnen Staaten die Fähigkeit der Vereinten Nationen beurteilen, für weltweite Probleme multilateral ausgehandelte Lösungen zu finden. Genausowenig brauche ich wohl erneut darauf hinzuweisen, daß es keine bessere Alternative als eine allseitig annehmbare Konvention gibt, in der alle den maritimen Raum betreffenden Fragen in ihrer Gesamtheit behandelt werden. Auf der Konferenz war man übereingekommen, die beschlußfassende Tagung im Frühjahr 1982 abzuhalten und die Unterzeichnung der Schlußakte für den Frühherbst in Caracas anzusetzen. Hier möchte ich an alle beteiligten Regierungen appellieren, noch einmal konzentrierte Anstrengungen zu unternehmen, um die noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten — auch soweit sie erst in jüngster Zeit aufgetreten sind — beizulegen.

X. Haushalt und Verwaltung

Bei der Erstellung meiner Programmbausteinvorlage für den Doppelhaushalt 1982—1983 war mir in erster Linie daran gelegen, die von den Mitgliedstaaten schon bewilligten Programme so weit wie möglich beizubehalten, gleichzeitig jedoch dem weltweiten wirtschaftlichen und finanziellen Sparklima Rechnung zu tragen. Bereits auf der dreißigsten Tagung der Generalversammlung habe ich erneut meine schon lange vertretene Befürwortung einer äußerst sparsamen Haushaltspolitik betont. Dieser Politik entsprechende, stetige Bemühungen um eine Reduzierung des Haushaltswachstums haben es ermöglicht, einen Haushalt mit realem Nullwachstum vorzulegen. Ich möchte an dieser Stelle betonen, daß diese Politik, die im wesentlichen durch ständigen Neueinsatz von freier werdendem Personal ermöglicht wird, in keiner Weise Unterstützungsprogramme für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den Entwicklungsländern beeinträchtigt, beschneidet oder verhindert. In meinem Bericht an die fünfundsiebzigste Tagung der Generalversammlung habe ich darauf hingewiesen, wie wichtig es ist, die Sacharbeit der Organisation zu rationalisieren, damit sie nach Orientierung, Inhalt und Form den wichtigsten Anforderungen und Bedürfnissen der Mitgliedstaaten entspricht. Ich kann nunmehr feststellen, daß erste Fortschritte bei dieser Rationalisierung erzielt worden sind, bei der es in erster Linie darum geht festzustellen, in welchen Tätigkeitsbereichen wenig oder gar keine Aussicht darauf besteht,

daß sie einen nützlichen Beitrag für die internationale Gemeinschaft insgesamt oder für die einzelnen Mitgliedstaaten leisten, und sich statt dessen auf aussichtsreichere Bereiche zu konzentrieren, die einen solchen Beitrag leisten können. Diese Bemühungen um größeren praktischen Nutzen und höhere Effektivität sollten dadurch erfolgen, daß unter den Programmen der Vereinten Nationen ausdrückliche Prioritäten gesetzt, neue Ansätze für die Aufstellung des Mittelfristigen Plans von 1984—1989 gesucht und die Methoden zur Programmevaluierung weiter verfeinert werden.

Die Vereinten Nationen hatten bereits seit mehreren Jahren ein System zur Aufstellung von Prioritäten, das jedoch wegen einer Reihe von technischen Schwierigkeiten nicht voll funktionierte. Inzwischen ist vorgeschlagen worden, diese Verfahren zu überarbeiten und auf dieser Grundlage im Laufe der nächsten Jahre schrittweise ein neues System zur Festsetzung von Prioritäten einzuführen. Hinter all dem steht die Absicht, dafür zu sorgen, daß Programme mit hoher Priorität die entsprechenden Mittel erhalten, sei es durch neue Zuweisungen der Generalversammlung oder durch den Neueinsatz von Mitteln aus Programmen mit geringerer Priorität. Alle über den ordentlichen Haushalt finanzierten Aktivitäten würden unter dieses System fallen, mit Ausnahme von auf Beschlüssen des Sicherheitsrats beruhenden Aktivitäten zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit.

Durch die Größe und vergleichsweise Komplexität der Vereinten Nationen ist es erforderlich geworden, viele Finanzoperationen zu dezentralisieren. Einzelne Mitgliedstaaten haben sich in den letzten Jahren beorgt darüber gezeigt, daß eine solche Dezentralisierung die Stellung des zentralen Finanz- und Programmstellungsapparats in der einen oder anderen Weise schwächen könnte. Deswegen werden die Programmplanungs- und Finanzpolitiken zur Zeit noch weiter untersucht. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei der Verwaltung und Kontrolle des ordentlichen Haushalts, der Verwaltung der Barmittel der Organisation und der Annahme und Verwaltung außeretatmäßiger Mittel.

XI. Der internationale öffentliche Dienst

Die Erhaltung der Vitalität und Funktionsfähigkeit des internationalen öffentlichen Dienstes ist eine äußerst komplexe Aufgabe, die sich uns jeden Tag von neuem stellt. Jeweils von ihrem verschiedenen Standpunkt aus machen sich die Mitgliedstaaten, die Verwaltung und die übrigen Mitarbeiter des Sekretariats legitime Sorgen darüber, ob und wie die Grundsätze und Ziele der Charta für einen unabhängigen internationalen öffentlichen Dienst aufrechterhalten werden. Ich habe den Eindruck, daß alle Seiten inzwischen klarer erkannt haben, wie komplex der tägliche Arbeitsablauf eines internationalen Sekretariats ist, dessen Arbeitsbedingungen in keiner Weise mit den Bedingungen vergleichbar sind, unter denen der öffentliche Dienst irgendeines einzelnen Landes funktioniert und die sich sogar seit den Anfangsjahren der Vereinten Nationen noch weiter geändert haben.

Schon die vielfältige Zusammensetzung des internationalen Sekretariats führt unausbleiblich zu Spannungen und Belastungen, die aufgefangen werden müssen, wenn das System funktionieren soll. Diese Aufgabe stellt sich allen Beteiligten, welche Interessen sie im einzelnen auch immer haben mögen. Wir können diese Realitäten, die auf der Hand liegen, nicht einfach übersehen, sondern müssen uns — wie die Charta es von uns verlangt — unablässig um eine größere Effizienz, Kompetenz und Integrität des internationalen öffentlichen Dienstes bemühen und dafür sorgen, daß der ausschließlich internationale Charakter seiner Aufgaben respektiert wird.

Während wir diese schwierige Lage des internationalen Sekretariats tagtäglich erleben und versuchen, mit ihr fertigzuwerden, werden immer wieder und von den verschiedensten Seiten bestimmte Forderungen an uns gestellt. Da gibt es einmal diejenigen, die zu Recht darauf bestehen, daß das, was die Charta über den internationalen öffentlichen Dienst sagt, dem Geist und dem Buchstaben nach peinlich genau eingehalten wird. Dann gibt es die beschlußfassenden zwischenstaatlichen Gremien der Organisation, die immer wieder verschiedene Vorschläge für die Reform oder Verbesserung des Dienstes einbringen. Bei diesen Vorschlägen geht es z. B. um konkrete Richtlinien zu Fragen wie der gerechten geographischen Verteilung, der ausgewogeneren Repräsentation der verschiedenen Nationalitäten in den einzelnen Sekretariatseinheiten, der Chancengleichheit für Männer und Frauen und der Reform bestimmter Aspekte unserer Personalpolitik. Dann hören wir schließlich auch ständig die für den Bestand des Sekretariats sehr wichtigen Auffassungen der engagierten Mitglieder des internationalen öffentlichen Dienstes, die die laufende Arbeit leisten.

Was die Direktiven der zwischenstaatlichen Gremien betrifft, so bemühen wir uns zur Zeit, die verlangten Reformen und Veränderungen so wirksam und realitätsnah wie möglich in die Wege zu leiten. Dabei muß man jedoch berücksichtigen, daß diese Reformen und Veränderungen unter den gegebenen Umständen aller Wahrscheinlichkeit nach nicht so zügig und vollständig durchgeführt werden können, wie dies im Idealfall wünschenswert wäre. Vernünftigerweise sollte man wohl auch daran denken, daß es bestimmte Bereiche in der Verwaltung gibt, in denen dem Generalsekretär — wenn

er seine Aufgaben im Einklang mit der Charta erfüllen soll — notwendigerweise auch weiterhin eine ausreichende Ermessensfreiheit und die entsprechenden Befugnisse zugestanden werden müssen. Was die Mitarbeiter des Sekretariats angeht, so kann kein Zweifel daran bestehen, daß die Mehrzahl von ihnen infolge der bereits erwähnten Spannungen und Belastungen mitunter ziemlich enttäuscht und ernüchtert sind. Während wir versuchen, den durch die neuen internationalen Gegebenheiten und Verhältnisse unausweichlich gewordenen Anpassungsprozeß zu vollziehen, fragen sich wohl viele Mitarbeiter, ob uns die Umstände wirklich zuweilen zwingen, den Grundsätzen der Charta untreu zu werden. Ich habe volles Verständnis für solche Fragen und bin jedenfalls meinerseits dafür, daß die Grundsätze der Charta jederzeit eingehalten werden. Dabei dürfen wir die Wirklichkeit jedoch nicht aus den Augen verlieren. Die mit der Arbeit internationaler Organisationen verbundenen hohen Kosten, von denen der größte Teil auf die Personalkosten entfällt, bereiten den Mitgliedstaaten immer größere Sorge. Außerdem erwarten diejenigen Mitgliedstaaten, die den Hauptteil dieser Kosten bestreiten, daß sich ihre finanzielle Beteiligung in der Zusammensetzung des Sekretariats entsprechend widerspiegelt. Es liegt auf der Hand, daß sich solche Erwartungen mitunter auf die Beförderungsaussichten und die Einstellungspolitik auswirken, und daher bei den Mitarbeitern des internationalen Sekretariats gewisse Besorgnisse hervorrufen. Andererseits muß auch angemessen berücksichtigt werden, daß es sehr wichtig ist, die Einstellung von Mitarbeitern auf der Grundlage einer möglichst breiten geographischen Verteilung vorzunehmen. Unter all diesen Umständen kommt es darauf an, daß bei allem Verständnis für die Anliegen der Mitgliedstaaten auch die Interessen der Mitarbeiter des internationalen öffentlichen Dienstes gewahrt bleiben.

Die Sicherheit der internationalen Beamten ist ein Problem, das die Mitarbeiter mit wachsender Sorge erfüllt und auch den Mitgliedstaaten ein wichtiges Anliegen sein sollte. Das Sekretariat hat alle Ursache für die Befürchtung, daß die im Rahmen der Charta und der einschlägigen Konventionen eingegangenen Verpflichtungen hinsichtlich der Unverletzlichkeit der Mitglieder des internationalen öffentlichen Dienstes nicht voll eingehalten werden. Ich bitte alle Regierungen nachdrücklichst, ihre Verpflichtungen im Hinblick auf den internationalen öffentlichen Dienst einzuhalten und etwaige Probleme in aller Offenheit mit dem Generalsekretär und der Verwaltung zu erörtern.

Gesundheit und Funktionsfähigkeit des internationalen öffentlichen Dienstes hängen in erster Linie von der Qualität seiner Mitarbeiter ab. Aus diesem Grund unternehmen die Leiter der verschiedenen Organisationen und Programme der Vereinten Nationen und ich selbst auch alle erdenklichen Anstrengungen, um Männer und Frauen für den Dienst in den Vereinten Nationen zu gewinnen, die den in der Charta gesetzten Maßstäben gerecht werden. Zur Zeit befinden wir uns bis zu einem gewissen Ausmaß in so etwas wie einer Generationskrise. Nach über drei Jahrzehnten hat uns die erste Generation der Mitarbeiter des Sekretariats der Vereinten Nationen verlassen oder befindet sich kurz vor der Pensionierung. Diese engagierten Männer und Frauen haben den Vereinten Nationen hervorragende Dienste geleistet und die Grundlage für den internationalen öffentlichen Dienst gelegt, wie wir ihn heute kennen. Ihr Pflichtbewußtsein und ihre Bereitschaft zum Dienen geht jetzt an eine neue Generation von Mitarbeitern über, die sicherlich auch ihren eigenen Beitrag zur Weiterentwicklung dieser internationalen Institution leisten wird, von der künftig so ungeheuer viel abhängt.

XII. Die Vereinten Nationen und die Öffentlichkeit

Da unsere Organisation ihre Aufgaben nur dann erfolgreich in Angriff nehmen und sich nur dann vernünftig weiterentwickeln kann, wenn die Öffentlichkeit ihre Arbeit versteht und unterstützt, ist die Öffentlichkeitsarbeit ein Problem, mit dem sich der Generalsekretär laufend — häufig sogar täglich — auseinandersetzen muß. Es liegt in der Natur der Dinge und ist auch wünschenswert, daß ein im Ausbau befindliches und bis zu einem gewissen Grad ein Experiment darstellendes politisches Gebilde wie die Vereinten Nationen ständig kritischen Kommentaren ausgesetzt ist. Und da die Vereinten Nationen allen Völkern der Welt gehören, sollten auch möglichst viele und verschiedene unserer Mitglieder unsere Arbeit auf diese Weise kritisch verfolgen und kommentieren.

Was mich dagegen viel mehr beschäftigt, sind Prämissen und Kontext eines Großteils der Kritik an der Arbeit der Vereinten Nationen. Wie uns die Erfahrung dieses Jahrhunderts ohne auch nur den Schatten eines Zweifels gelehrt hat, mußte so schnell wie möglich und unter Beteiligung von so viel Staaten wie irgend möglich eine Weltorganisation geschaffen werden, die es uns nicht nur ermöglicht, den Weltfrieden und die internationale Sicherheit erfolgreich zu wahren, sondern auch viele andere Aspekte des menschlichen Lebens, die infolge der technischen Revolution heute eng und unauflöslich miteinander verknüpft sind, neu zu ordnen. Mit anderen Worten leben wir — ob es uns nun gefällt oder nicht — in ein und derselben Welt und daher müssen wir Institutionen schaffen, die in der Lage sind, dieser Welt Spielregeln zu geben und Ziele zu setzen. Jede Kritik, die von dieser Prämisse ausgeht, ist — so scharf sie auch manch-

mal sein mag — begrüßenswert und konstruktiv, nur sollte man dabei nicht übersehen, daß die Vereinten Nationen keine supranationale Regierung, sondern eine Organisation souveräner Staaten sind. Zur zweiten Art der Kritik, die von der Prämisse ausgeht, internationale Organisationen und internationale Zusammenarbeit seien unnötig, unerwünscht und unrealistisch, kann ich nur sagen, daß diese Kritik in meinen Augen bestenfalls kurzfristig ist, wenn sie nicht sogar unsere Zukunft aufs Spiel setzt.

Ich kann nicht behaupten, daß wir bisher sehr viel Erfolg dabei hatten, den Menschen in aller Welt klar zu machen, worum es bei den Vereinten Nationen geht, welche Probleme es zu bewältigen gibt und was die tieferen Gründe für ihre Notwendigkeit sind. Nur allzu oft meinen die Leute offenbar, die Vereinten Nationen gingen sie in Wirklichkeit gar nichts an oder bedrohten gar ihre jeweiligen Interessen. Je mehr der Zweite Weltkrieg der Vergessenheit anheimfällt, desto mehr Menschen sind sich offensichtlich nicht darüber im klaren, daß am mehr oder weniger strahlenden Friedenshimmel plötzlich Stürme von vernichtender Gewalt heraufziehen können. Für mich ist es immer wieder erstaunlich, mit welchem Gleichmut viele Menschen die möglichen Gefahren von Kernwaffen und ihrer ständigen fast unvorstellbaren Weiterentwicklung hinnehmen. Man kann nur darüber staunen, wie gelassen und nahezu akademisch die Öffentlichkeit über das Anwachsen und den möglichen Einsatz gewaltiger, mit den raffiniertesten Vernichtungswaffen angefüllter neuer Arsenale diskutiert, so als ob das gesamte System völlig sicher sei, da es ja nur zur Abschreckung gedacht sei und daher in Wirklichkeit nie eingesetzt würde. Die Geschichte kennt nur sehr wenige Fälle, in denen einmal erfundene Waffen auf die Dauer auch in ihren Arsenalen geblieben sind.

Die Menschen müssen immer wieder daran erinnert werden, daß es eine Alternative zu diesem Alptraum gibt, wenn die nach dem Zweiten Weltkrieg unter allgemeiner Zustimmung geschaffenen Instrumente des Friedens richtig verwendet und weiterentwickelt werden. Zugegebenermaßen erfordert diese Alternative vor allem in den frühen Stadien großen Mut, Weiterblick und Selbstvertrauen, doch der Weg dorthin ist klar in der Charta beschrieben.

Die wirtschaftlichen und sozialen Probleme unserer Zeit sind — wenn auch auf andere Weise — nahezu gleichermaßen überwältigend. Wiederum haben wir die Wahl — die gegenwärtige Unsicherheit und Ungerechtigkeit wie auch die Entbehrungen und das Elend eines Großteils der Menschheit mit all ihren Gefahren für die Stabilität der Welt einfach hinzunehmen oder aber beharrlich weiter am Aufbau eines besseren Systems zu arbeiten, das (wie wir genau wissen) durchaus möglich ist. Auch hier erfordert die zweite Alternative Mut, Weitblick und unendlich viel Kleinarbeit, ganz abgesehen von der Unterstützung durch die Öffentlichkeit, auf die wir in jedem Stadium angewiesen sind. Aber gibt es wirklich einen vernünftigen Menschen, der ernsthaft daran zweifelt, welche Wahl hier getroffen werden muß?

All unsere Bemühungen um Verständnis und Unterstützung der Öffentlichkeit für unsere außerordentlich vielschichtige Organisation müssen im Grunde von diesen grundsätzlichen Entscheidungen ausgehen. Die tägliche Arbeit der Vereinten Nationen, ihre Schwierigkeiten und Unzulänglichkeiten, aber auch ihre Erfolge und Leistungen werden dann in einer viel realistischeren Perspektive erscheinen. Es wäre unrealistisch zu erwarten, daß alles, was eine so vielgestaltige und komplizierte Organisation wie die unsere tut, auf allgemeine Billigung und Begeisterung stoßen müßte. Doch sollte es möglich sein, der Öffentlichkeit zunehmend klar zu machen, welche Rolle die Vereinten Nationen in der Welt spielen und worum es bei ihnen im Grunde geht.

In der heutigen Zeit, in der die moderne Nachrichtentechnik und die Massenmedien im Gegensatz zu früheren Zeiten gar nicht mehr aus dem politischen Leben und dem Umgang mit der Macht wegzudenken sind, müssen wir lernen, uns neuer Methoden zu bedienen, bei denen es nicht darum geht, eine widerstrebende Öffentlichkeit zu bekehren, sondern ihr die erforderlichen fundierten Informationen an die Hand zu geben, die sie braucht, um sich ein eigenes Urteil zu bilden und ihren wahren Interessen gemäß zu handeln. Und im Guten wie im Bösen sind diese Interessen heute unauflöslich mit den Interessen aller anderen Völker der Welt verbunden.

Ich hoffe nur zu sehr, daß die Mitgliedstaaten alles in ihren Kräften Stehende tun werden, um uns im Sekretariat dabei zu helfen, der Weltöffentlichkeit die Aufgaben und den Sinn der Vereinten Nationen besser verständlich zu machen, nicht nur durch ihre Beteiligung an der Generalversammlung und am Informationsausschuß, sondern auch im politischen Alltagsleben ihres eigenen Landes.

XIII. Zusammenfassung und Ausblick

Zu Beginn dieses Berichts habe ich vielleicht eine etwas düstere Bilanz des letzten Jahres gezogen. Ich glaube jedoch nicht, daß wir wirklich Grund zur Verzweiflung haben. Wir stehen vor ungeheuren Problemen, von denen wir einige sogar unserem eigenen Erfindungsgeist zuzuschreiben haben. Gleichzeitig haben wir jedoch auch großartige Mittel und Möglichkeiten an der Hand — wenn wir nur bereit sind, sie gemeinsam zu nutzen.

Ich bin fest davon überzeugt, daß wir durch eine positivere Haltung

gegenüber vielen dieser Probleme eher aus scheinbaren Sackgassen herauskommen und scheinbar unüberwindliche Hindernisse überwinden können. Eine solche positive Einstellung bedeutet vor allem, daß wir unsere Hoffnungen auf die Zukunft richten, statt an Klagen und Beschwerden über die Vergangenheit hängen zu bleiben.

Es sollte nicht überraschen, daß die großen historischen Veränderungen der letzten Jahrzehnte tiefgreifende Interessenkonflikte zwischen den einzelnen Nationen ausgelöst haben, die oft noch dadurch verschärft wurden, daß überkommene Auffassungen mit zu ihnen im Widerspruch stehenden Zukunftsvorstellungen zusammenstießen. Es handelt sich dabei um echte Konflikte, deren Ursachen meist ihre Wurzel in der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Dynamik unserer heutigen Zeit haben. Früher hätten Spannungen dieser Art fast unweigerlich zu Feindseligkeiten und unter Umständen zum Krieg geführt. Die Gefahr, daß sich dies alles wiederholt, ist durchaus noch nicht gebannt, und das Risiko einer Konfrontation ist durch die Entwicklung von immer perfektionierteren Vernichtungswaffen unendlich viel größer geworden. Wirklich neu ist lediglich, daß wir heute in den Vereinten Nationen ein Instrument besitzen, mit dem Spannungen auf rationale Weise abgebaut werden können. Wie erfolgreich dieses Instrument sein wird, hängt allerdings davon ab, was wir aus ihm machen. Wenn wir es richtig zu nützen wissen, sollten wir in der Lage sein, feindselige Auseinandersetzungen und die Zuflucht zur Gewalt mit all ihren entsetzlichen Gefahren durch eine zivilisierte und friedliche Behandlung schwieriger Probleme zu ersetzen.

Es wäre übertrieben zu behaupten, daß alle Staaten inzwischen gelernt hätten, stets die Möglichkeiten auszuschöpfen, die der Weltgemeinschaft mit den Vereinten Nationen als einem Instrument zur Lösung oder doch wenigstens Kontrolle einiger ihrer hartnäckigsten Probleme gegeben sind. Dafür sind der konsequente Einsatz politischen Willens sowie eine positive Haltung gegenüber den betreffenden Problemen erforderlich. Dies gilt vor allem für die großen wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben unserer Zeit und insbesondere für die unter den sogenannten Nord-Süd-Dialog fallenden Probleme.

Auch bei den großen politischen Fragen, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen, ließen sich vielleicht durch eine neue Einstellung und ein konstruktiveres Vorgehen unerwartete Erfolge erzielen. So schwierig die Probleme auch sein mögen, könnte man sich dadurch doch auf Lösungen hin bewegen, die die Interessen und Erwartungen aller Beteiligten gebührend berücksichtigen. So wissen wir zum Beispiel, daß die Probleme des Nahen Ostens für alle Seiten durch die Ereignisse der Vergangenheit und die Erinnerung an sie viel tiefersitzende und weitverzweigtere Wurzeln haben. Wenn wir hingegen den Blick auf die Zukunft richten, müßten wir in dieser Region mit ihrem Reichtum an menschlichen und anderen Ressourcen einen besonders vielversprechenden, von der Natur reich beschenkten Weltteil sehen. Eine weitere Region, die große Hoffnungen und Möglichkeiten in sich birgt, ist das Südliche Afrika, wo ein unabhängiges Namibia, wenn erst einmal der tote Punkt der Verhandlungen überwunden ist und Gewalt und Verbitterung abgeklungen sind, zum Katalysator für eine grundlegende Verbesserung der Beziehungen in der

gesamten Region werden könnte. Ähnliche Überlegungen gelten auch für andere in diesem Bericht genannte Problembereiche. Ich brauche wohl kaum zu sagen, daß eine solche positive Einstellung bei den Beziehungen der Supermächte sicherlich den größten Segen bringen würde.

Ich bin mir natürlich darüber im klaren, daß es sehr viel leichter ist, solche Ratschläge zu geben als sie dann auch wirklich zu befolgen, und daß sich praktisch alle Regierungen ungeheuer schwer tun, den kürzesten und vernünftigsten Weg zur Lösung eines Problems zu wählen. Es wird mir aber immer klarer, wie wenig irgendeine Seite auf die Dauer dadurch gewinnt, daß sie ein Problem ewig weiter vor sich herschiebt, und wie viel nicht nur die unmittelbar Betroffenen, sondern oft auch wir alle dadurch verlieren.

Ein großer Vorteil der Vereinten Nationen besteht darin, daß ihre Hilfe und ihre Vermittlertätigkeit von allen Beteiligten in Anspruch genommen werden können, ohne daß irgendeine Partei dadurch ihr Gesicht verliert, da dieser Organisation ja alle Mitgliedstaaten angehören. Ich kann nicht eindringlich genug darum bitten, daß ihre Einrichtungen und Dienste stärker und besser im Einklang mit der Charta in Anspruch genommen werden, damit die großen, schon seit langem anstehenden Probleme unserer Zeit endlich gelöst werden.

Jeder, der bei den Vereinten Nationen arbeitet, weiß, daß es so gut wie keine Patentlösungen auf dem Weg zu einer gerechteren, besser organisierten und friedlicheren Welt gibt. Ich bin jedoch der Auffassung, daß der vor 36 Jahren von der Charta vorgezeichnete Weg immer noch der beste Weg für die nun einmal bestehende heutige Realität einer Welt souveräner Nationen ist. Keine denkbare Alternative hält einer ernsthaften Überlegung stand. In mancher Hinsicht sind wir auf diesem Weg sogar schon weiter vorangekommen, als wie es vor allem in Augenblicken der Angst und Enttäuschung glauben wollen.

Ich hoffe, daß wir im kommenden Jahr weitere Fortschritte sowohl bei einzelnen Problemen als auch auf dem Weg zu dem allgemeineren Ziel einer friedlicheren und gerechteren Welt erleben und auch selbst zu diesen Fortschritten beitragen werden. Ich hoffe auch, daß das nächste Jahr nicht nur außenpolitische Anstrengungen, sondern auch außenpolitische Erfolge sehen wird, und daß die Vereinten Nationen in den vor uns liegenden Monaten in konstruktiver Weise zur Förderung des Friedens und zur Lösung von Problemen herangezogen werden.

Hierfür wird sicherlich großes gegenseitiges Verständnis sowie größtes diplomatisches und politisches Geschick erforderlich sein. Darüber hinaus aber wir es auch der Einsicht bedürfen, daß die Menschheit zwar noch erst lernen muß, mit ihren Schwierigkeiten fertigzuwerden und den hierzu nötigen Willen aufzubringen, daß wir aber im Grunde keine andere Wahl haben, wenn wir wirklich überleben wollen.

12. September 1981

Anmerkung: Für Überschrift und Zwischenüberschriften ist die Redaktion verantwortlich.

Symbol präsidialer Leitungsbefugnis ist jener Hammer, den Generalsekretär Kurt Waldheim dem Präsidenten der 35. Generalversammlung, Rüdiger von Wechmar, zum Abschluß der Tagung überreichte. Wechmars Amtsführung hatte unter den Delegierten ein hohes Maß an Anerkennung gefunden. Sie galt insonderheit seinem außerordentlichen persönlichen Einsatz für das Zustandekommen der globalen Verhandlungen, der freilich in seiner Amtszeit nicht mehr zum Erfolg führte.

